

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nr. 2/3

FEBRUAR — MÄRZ 1950

1 Schilling

Karl Seitz zum Gedenken

Aus dem Gefühl des tiefsten Leides heraus und der Erkenntnis, einen unersetzlichen Verlust erlitten zu haben, gedenken wir heute unseres Ehrenpräsidenten, unseres Leidensgefährten, unseres unvergeßlichen Genossen Seitz. Nicht der Tod an sich ist es, der uns schreckt — allzuoft sind wir ihm begegnet und er hat alle Schrecken für uns verloren —, es ist nur die Tatsache, daß einer von uns die Augen geschlossen hat, an dessen Stelle wir keinen anderen setzen können. Gewiß, jeder Mensch ist zu ersetzen; aber ersetzen kann man die Arbeitskraft, die Unermüdlichkeit, den Geist, die Schaffensfreude, denn all das lebt in vielen Menschen, unersetzlich jedoch ist die einzigartige Persönlichkeit, die sich in Karl Seitz in höchster Harmonie verkörperte. — An ihm liebte die Arbeiterschaft alles: sie liebte seine äußere Eleganz, sie begeisterte sich an seinen unnachahmlichen Bewegungen, mit denen er seine Worte unterstrich, sie dankte ihm mit Beifallstürmen für sein gewinnendes Lächeln, das allen galt, und sie hörte atemlos zu, wenn er mit der Beredsamkeit eines Begnadeten, Witz und Geist vermengend, darlegte, worum es ging.

Wäre ein fremder zufällig Zeuge des Trauerzuges geworden, der ganz Wien vereinigte, und wäre er auch durch das Spalier gegangen, dann hätte ihm diese Trauergemeinde mehr als Worte gezeigt, daß soeben ein ganz Großer zu Grabe getragen wird. Hier stand das Volk, hier standen die Menschen, für die Karl Seitz jede Stunde seines reichen Lebens geopfert hat, für die er gekämpft, gestritten und gelitten hat und für die er sogar den Leidensweg ins KZ gegangen ist. Unser Genosse Seitz war nicht nur ein Kämpfer auf der Rednerbühne, sondern ihn zeichnete seit jeher ein Mut aus, der wenigen beschieden ist.

So ist, was sterblich an ihm war, von uns geschieden, sein Geist aber bleibt unter uns. Wir nehmen tief bewegt Abschied und danken ihm, daß er in der Zeit der dunkelsten Nacht mutig und tapfer zum Freiheitskampf des österreichischen Proletariats stand. Er ist uns immer Vorbild, und wir sind stolz darauf, daß Karl Seitz auch unser Mitglied war.

Niemals werden wir ihn vergessen!

Keine Rentenkürzungen

Ein bedeutsamer Erfolg unserer Genossen Jochmann und Mark

Am 1. Jänner 1950 trat das neue Kriegsopferversorgungsgesetz (KOVG.) in Kraft. Da sich die Opfer- und Hinterbliebenenrente des Opferfürsorgegesetzes (OFG.) nach den Bestimmungen und Sätzen des KOVG. richtet, ergeben sich folgende Änderungen für die Bezieher von Renten nach dem OFG.: Während früher die Renten nach den Versehrtenstufen, deren es vier gab, berechnet wurden, gilt in Zukunft als Grundlage der Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit, der in Prozenten ausgedrückt wird. Dieser Teil der Rente nach dem KOVG. heißt Grundrente und beträgt bei

Minderung der Erwerbsfähigkeit		früher Versehrtenstufe
30 %	20.— S	1
40 %	25.— S	1
50 %	70.— S	2
60 %	90.— S	2
70 %	150.— S	3
80 %	180.— S	3
90 % und mehr	280.— S	4

Schwerbeschädigte, das sind Geschädigte, deren Erwerbsfähigkeit um 50 oder mehr Prozent gemindert ist, erhalten über Antrag eine Zusatzrente, falls ihr Einkommen ohne die Grundrente, aber mit Einrechnung der Zusatzrente den Betrag von 520.— S netto nicht übersteigt. Dieser Betrag erhöht sich um die dem Geschädigten zustehende Frauen- und Kinderzulage. Die Zusatzrente beträgt

bei 50 und 60 % höchstens	110.— S
„ 70 „ 80 % „	165.—
„ 90 „ mehr Prozent	240.—

Für Ehegatten beziehungsweise Kinder, zu deren Erhaltung der Rentenbezieher verpflichtet ist, ist außerdem eine Zulage von je 25.— S zu berechnen.

Vom Einkommen des Ehegatten werden 30 Prozent dem Einkommen des Rentenbeziehers zugerechnet.

Wir bringen nachfolgend ein Beispiel für die Berechnung der Rente eines Opfers (mit Gattin und Kind), das ein Nettoeinkommen von 400.— S bezieht und mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 70 Prozent eingestuft ist:

Meßbetrag für jede Opferrente	520.— S
zuzüglich je 25.— S (Gattin u. Kind)	50.—
somit erhöht sich der Meßbetrag auf	570.—
abzüglich das Nettoeinkommen	400.—
verbleiben	170.—

Die Zusatzrente bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 70 Prozent beträgt 165.— S, somit kann die volle Zusatzrente konsumiert werden, außerdem erhält das Opfer zur Zusatzrente noch je 25.— S für die Gattin und das Kind. Besitzt die Gattin zum Beispiel ein Einkommen von 200.— S, so erhöht sich das anrechenbare

Nettoeinkommen des Mannes um 60.— S und die Zusatzrente sinkt auf 105.— S neben Frauen- und Kinderzulage.

Nach langwierigen Verhandlungen konnte bei einer Aussprache unserer Genossen Rosa Jochmann und Karl Mark mit dem Finanzminister Dr. Margaretha erreicht werden, daß im Sinne der 4. Novelle zum OFG. die Opferrente erst nach den Vorschriften des KOVG., also bestehend aus Grund- und Zusatzrente zusammen, berechnet und dann der Berechnung der Unterhaltsrente nach dem OFG. zugrunde gelegt wird.

Wenn im Jänner und Februar der Anschein von Rentenkürzungen entstanden ist, so beruht es darauf, daß die Neuberechnung der Tausende von Opfer- und Hunderttausende von Kriegsopferrenten nicht rasch genug durchgeführt werden konnte, so daß Vorschüsse in folgender Höhe ausgezahlt werden mußten.

		S
bei Versehrtenstufe	I	20.—
„	II	70.—
„	III	150.—
„	IV	180.—
AVU.-Renten		280.—

Zur Opferrente, bestehend aus Grund- und Zusatzrente, kann noch eine Pflegezulage gewährt werden, wenn das Opfer infolge seiner in der Haft erfolgten Schädigung hilflos ist und für die Verrichtung lebenswichtiger Verrichtungen Hilfe anderer Personen in Anspruch nehmen muß. Diese Zulage erhalten auch Blinde. Bezieht jemand die Pflegezulage, so hat er, unabhängig von seinem Einkommen, Anspruch auf die Zusatzrente. Wird die Zusatzrente bis 30. Juni 1950 beantragt, so wird dieselbe rückwirkend ab 1. Jänner 1950 gewährt, vorausgesetzt, daß der Anspruch zu diesem Zeitpunkt bestanden hat.

Die Hinterbliebenenrente setzt sich ebenso wie die Opferrente aus Grund- und Zusatzrente zusammen. Die Grundrente beträgt hier 100.— S, die Zusatzrente höchstens 120.— S; für Witwen, die mehr als 55 Jahre alt sind oder für mindestens zwei minderjährige Kinder zu sorgen haben, soweit nämlich Zusatzrente und sonstiges Nettoeinkommen ohne Grundrente den Betrag von 400.— S nicht erreichen. Für Witwen von 45 bis 55 Jahren oder solche, die für ein Kind sorgen müssen, beträgt die Zusatzrente höchstens 40.— S.

Achtung! Alle jene Opfer und Hinterbliebenen, die um Unterhaltsrente eingereicht haben und aus dem Grunde mit der Begründung abgelehnt worden sind, daß Angehörige alimentationspflichtig waren, können nunmehr neuerlich um die Unterhaltsrente einreichen, da seit 1. Jänner 1950 bloß die Ehegatten mit nur 30 Prozent ihres Einkommens alimentationsverpflichtet sind.

Bei einem Einkommen von mehr als 1500.— S, bei Witwen von mehr als 800.— S, ruht der Anspruch auf die Rente. Die Neuregelung vermeidet also alle Härten und bringt gerade den Schwerstgeschädigten gewisse nicht unbeträchtliche Verbesserungen, die vor allem

der unermüdlichen Arbeit unserer Vertreter im Parlament zu danken sind. Sie haben durchgesetzt, daß die Unterhaltsrente neben der aus Grund- und Zusatzrente bestehenden Opferbeziehungsweise Hinterbliebenenrente ausbezahlt wird.

Über die Entschädigung gemäßregelter öffentlich Bediensteter

Eine sozialistische Anfrage im Parlament

Der Bundesrat hat bereits in seiner ersten Legislaturperiode in einer einstimmigen Entscheidung von der Bundesregierung eine Wiedergutmachung für jene öffentlich Bediensteten verlangt, die in der Zeit vom 4. März 1933 bis 27. April 1945, also in der Zeit der beiden faschistischen Diktaturen, gemäßregelt wurden und dabei finanzielle Einbußen erlitten.

Während die Ansprüche aus Privatdienstverhältnissen im Siebenten Rückstellungsgesetz vom 14. Juli 1949*) eine Regelung erfahren haben, ist eine finanzielle Wiedergutmachung für gemäßregelte öffentlich Bedienstete bisher nicht möglich. Das Beamtenüberleitungsgesetz sieht zwar im § 4 vor, daß der gemäßregelte Bedienstete zu rehabilitieren ist, doch ist eine Nachzahlung entgangener Bezüge nach § 4 (6) desselben Gesetzes nicht möglich.

Sozialistische Abgeordnete haben nun in einer neuerlichen Anfrage die Bundesregierung zur Regelung des Problems aufgefordert. Sie haben darüber hinaus die Grundsätze zu einem Gesetzentwurf ausgearbeitet, der als Regierungsvorlage oder allenfalls als Initiativantrag im Nationalrat eingebracht werden soll.

Dieser Gesetzentwurf sieht vor, daß als Entschädigungsberechtigte jene öffentlich-rechtlichen (pragmatischen) Bediensteten und Vertragsbedienstete des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften zu gelten haben, die nach § 4 des Beamtenüberleitungsgesetzes rehabilitiert wurden. Außer den genannten Bediensteten des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Bundesbahnen würde das Gesetz auch Bedienstete von Fonds, Stiftungen und Anstalten betreffen, die von einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft verwaltet werden, darüber hinaus Bedienstete der Nationalbank und der Sozialversicherungsträger.

Die Höhe der Entschädigung soll für jeden Monat der Maßregelung einheitlich erfolgen, je nachdem ein Bediensteter ohne Pension oder durch Pensionierung gemäßregelt wurde. Bedienstete, die ohne jeden Pensionsbezug hinausgestellt wurden, sollen den höchsten Monatssatz, durch Pensionierung gemäßregelte Bedienstete sollen entsprechend der Höhe des Verlustes gegenüber dem Aktivbezug ebenfalls einheitliche Beträge für jeden Monat des Ver-

lustes des Aktivbezuges erhalten. Die Höhe der früheren oder jetzigen Bezüge soll bei der Entschädigung keine Rolle spielen; ob nun der Entschädigungsberechtigte ein Amtsdienner, Weichenwärter oder höherer Ministerialbeamter war, ist uns für die Höhe der Entschädigung gleichgültig. Der Entwurf geht hiebei von der Auffassung aus, daß alle Einkommen aus der Vorkriegszeit und aus dem Kriege stark entwertet wurden und nimmt daher von einer komplizierten Berechnung des Schadens, den ein gemäßregelter Beamter erlitten hat, auch aus Gründen der Einfachheit in der Durchführung Abstand. Die Zeit, während der ein Bediensteter außer Dienst war, ist aus dem Rehabilitierungsakt leicht feststellbar. Die Anzahl der Monate während der Maßregelung vervielfacht mit der zugestanden monatlichen Entschädigungssumme wäre einfach zu errechnen. Was die Höhe dieser monatlichen Entschädigung anlangt, so wird dies von dem Ergebnis der Verhandlungen mit dem Finanzminister abhängen, der schließlich für den größten Teil aufzukommen hat. Obwohl es sich nur um eine einmalige und nicht dauernde Belastung der Finanzen des Bundes, der Länder und Gemeinden handelt, werden befriedigende Zugeständnisse nicht leicht zu erreichen sein.

Es ist aber nicht einzusehen, daß minderbelastete Nationalsozialisten Nachträge vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Nationalsozialistengesetzes erhalten, während die Opfer des Faschismus bisher leer ausgehen.

Selbstverständlich enthält der Entwurf auch die entsprechende Vorsorge für die Witwen und Waisen nach gemäßregelten oder in den Konzentrationslagern verstorbenen Bediensteten. Diese sollen bis zum Tode des gemäßregelten Bediensteten jene Entschädigung erhalten, die dem Bediensteten selbst zugestanden wäre. Für die Zeit, während der die Witwenpension (Waisenpension) ganz oder zum Teil entfiel, die Hälfte (Witwen) beziehungsweise ein Fünftel (Waisen) der Beträge, die dem Bediensteten selbst zugekommen wären. Der Entwurf hält sich hiebei an die Grundsätze, die für Versorgungsgenüsse im öffentlichen Dienst im allgemeinen zutreffen.

Die vorbereitenden Arbeiten für eine Entschädigung der gemäßregelten Bediensteten im öffentlichen Dienst sind fertig. Der politische Kampf um das Gesetz kann beginnen.

*) Vgl. „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 5/6, September-Oktober 1949, S. 13.

Die Schuldigen fühlen sich getroffen!

Vielen unserer Leser wird es noch in Erinnerung sein, daß Professor Dr. Edwin Rollett, der bekannte österreichische Publizist und Präsident der demokratischen Schriftstellervereinigung, dem Unterrichtsministerium im Vorjahr eine Denkschrift überreicht hatte, die von 76 namhaften Persönlichkeiten des kulturellen Lebens (Universitätsprofessoren, Künstlern und Schriftstellern) mitunterfertigt, gegen jeden Versuch einer Wiedergeburt des Nazigeistes protestierte und sich dagegen verwahrte, daß sich Leute wie der ehemalige Literaturprofessor Josef Nadler wieder als Publizisten und Erzieher aufspielen können.

Das Manifest der 76 war wegen seiner ideellen und ethischen Absichten nicht nur berechtigt, es war auch — und dies vor allem — als eine Warnung für jene gedacht, die über den Aufgaben des Tages die Gefahren von morgen übersehen. Der Fall Nadler war mehr symptomatisch. Abgesehen von der Kühnheit des Naziprofessors zeigten die in offiziellen, aber durchaus nicht einflußlosen Kreisen gehegten Hoffnungen auf eine Wiedereinführung des Relegierten die Blindheit jener Kreise, denen Stimmenfang mehr ist als die Reinhaltung des Unterrichtsbetriebes von geistigen Infektionsherden. Denn dieser aus dem Sudetenland stammende einstmalige „Altösterreicher“ gehörte zu den turbulentesten Befürwortern jenes Systems, das uns den unmenschlichsten Terror und den fluchwürdigsten aller Kriege beschert hat. Er war es, der den Nährboden vorbereiten half, auf dem später der Bazillus der Panbestialität so prächtig gedeihen konnte. Er war es, der im literarhistorischen „Sektor“ das rassische Prinzip als eine geistesgeschichtliche Realität von richtunggebender Bedeutung pries, er war es, der als einer der allerersten Adolf dem Wahnsinnigen huldigte und ohne jede Scheu vor dem Gewissen in die Seelen der Jungakademiker den Ungeist des infernalischen Hasses gegen alle Andersdenkenden senkte.

Ein typischer Repräsentant jenes Intellekts, der an seiner eigenen Inzuchtigkeit zugrunde gehen muß, weil er, stumpf gegen alle sozialen Forderungen der Zeit und die Kontinuität des Kulturlebens, jeden Lufthauch zu bannen sucht, der über die engen Grenzen seines Denkbereiches, seiner „völkischen“ Belange eindringen könnte. Mag sein, daß die gelehrte Schreibwut dieses „Geographen der Literaturgeschichte“, der analog der Lebensraumthese der Radaupolitiker und Skribenten um Hitler eine Lebensraumfabel des deutschen Geistes erklügelte, manchen über vom Detail zusammengesetzten Wissens betörten Leser verwirrte und die Kritiklosen vor der Propyläen-Emballage seiner „Literaturgeschichte der deutschen Stämme und Landschaften“ stramm stehen ließ. Die Hellhörigen haben sofort erkannt, wo dieser Aktivismus des Herrn Nadler hinauswollte. 1938 bis 1945 konnten wir uns dieses Künders „völkischer Geistideale“ kaum

erwehren, es sei denn, man verachtete ihn. Heute aber haben wir die Pflicht, uns gegen diesen einstigen Aktivisten des Nazismus zur Wehr zu setzen.

Wir erfuhren, wie die VdU-Journaille auf das Manifest Rolletts reagierte. Die ehemaligen Nazibonzen, die sich nach dem glücklichen Zusammenbruch des Dritten Reiches feige nach dem Westen verlagert hatten, um dort bessere Zeiten, nämlich die Zeiten des Vergessens ihrer Schandtaten, abzuwarten, und auch die VdU-Redakteure beschimpften Rollett und seine Freunde; ja sie hatten die unerhörte Frechheit, in einem ihrer Käseblätter eine Art Femetafel zu veröffentlichen, die in nicht mißzuverstehender Weise mit einem Trauerrand erschien und die Überschrift trug: „Die Saboteure der NS-Amnestie.“ Dann folgten die Namen der Unterzeichner des Manifestes. Ein Wink an die Feme. Ein Appell an die Brachialgewalt. Aber die Herren können gewiß sein: Diesmal wird zurückgeschossen, sie werden uns vorbereitet wissen.

Rollett hat sich gegen diese Praktiken verwahrt. In einer Pressekonferenz, die im April vorigen Jahres in Wien abgehalten wurde, sprach der angesehene Schriftsteller über die Gefahr der Neonazipresse und griff dabei auch die Redakteure der VdU-Blätter Dr. Kraus und Dr. Reimann an. Auf sachlichem Gebiet konnten die beiden Herren Rollett nicht befechten, so unterschoben sie Rollett Äußerungen, die dieser nie getan hat. Für die Tatsache aber, daß sie Mitbegründer des Neofaschismus seien und die Naziideologie wieder aufrichten möchten, bot Rollett den Wahrheitsbeweis an.

Nach Vertagung des Prozesses, der seit dem 13. Oktober vor dem Margaretnr Bezirksamte abgeführt wird, werden wir bald Gelegenheit finden, zu hören, was die Herren von der VdU-Presse zu den Anschuldigungen Rolletts zu sagen haben. Und wir empfehlen allen Freiheitskämpfern den Besuch dieser Verhandlung. Im Grunde genommen wird sich seine Anklage auch gegen jene richten, die, obwohl der ÖVP verpflichtet, gerne in der Atmosphäre des VdU leben und Kraus und Reimann Schützenhilfe leisten.

Eine Frage, Herr Bundeskanzler . . .

Wie wir aus der Presse entnommen haben, erklärten Sie vor kurzem im Finanz- und Budgetausschuß, daß die Wiedergutmachung für politisch Verfolgte „hunderte Millionen“ Schilling erfordern würde.

Wir wissen nicht, auf Grund welcher Unterlagen Sie zu diesem Erfordernis gelangten, wollen jedoch trotzdem ihre Richtigkeit annehmen. Sie erklärten jedoch auch weiter, daß diese Wiedergutmachung wegen der Höhe

dieses Betrages nicht durchgeführt werden konnte. Dazu möchten wir jedoch folgendes sagen:

Wir erinnern Sie vorerst an die Vereinbarung aller drei demokratischen Parteien vom März 1946, wonach die Wiedergutmachung für politisch Verfolgte vor der Regelung des Naziproblems zu erfolgen gehabt hätte. Nun, wir wissen alle, wie diese Vereinbarung eingehalten wurde. Wir wissen aber auch, daß die „Wiedergutmachung“ an die Nazi, das heißt die Totengräber Österreichs, an jene Leute, die ihr vollgerüttelt Maß Schuld an dem heutigen Elend tragen, den Staat — das heißt uns Steuerzahlern — tatsächlich hunderte Millionen Schilling gekostet hat, daß die gesetzliche Regelung dieser „Wiedergutmachung“ keiner weiteren Bedenken und auch keiner fünfjährigen Überlegung bedurfte. Zur Illustration unserer Wiedergutmachung möchten wir Ihnen folgenden Fall zur Kenntnis bringen.

Ein Familienvater, Kriegsinvalide des ersten Weltkrieges, wird als Funktionär der Sozialdemokratischen Partei im Februar 1934

verhaftet, nach einigen Monaten als haftunfähig aus Gefängnis und Dienstposten entlassen und bleibt 5½ Jahre stellenlos. Er macht bis zum 1. Jänner 1939, dem Tag seiner neuerlichen Verhaftung, alle Phasen der Arbeitslosigkeit bis zur Aussteuerung durch. Von diesem Tag an bis Mai 1945 verbringt der Kamerad sein Leben in verschiedenen deutschen Konzentrationslagern, wird dort zum Krüppel geschlagen und kehrt endlich im Herbst 1945 in seine Heimatstadt zurück.

Er findet dort seine zwar unzerstörte, jedoch völlig ausgeplünderte Wohnung vor und erfährt, daß seine Familie schon seit Monaten evakuiert ist. Daß die Familie des Genannten von 1939 bis 1945 keinerlei staatliche oder anderweitige Unterstützung bezog, brauchen wir nicht zu erwähnen.

Nun fragen wir Sie, Herr Bundeskanzler, der Sie selbst jahrelang das Konzentrationslager Dachau kennengelernt haben, mit welchem Schillingbetrag könnten die körperlichen und seelischen Leiden und der Verlust an materiellen Gütern dieser Familie während dieser elf Jahre abgegolten werden?

Monarchistenspuk in Tirol

Die Tarnorganisation „Bund österreichischer Patrioten“ — Geburtstagsfeier „Kaiser Ottos“ im Lienzer Kolpinghaus — Die Rolle Luggers

Wie uns aus zuverlässiger Tiroler Quelle berichtet und auch in einer kurzen Meldung der Austria-Presse-Agentur bestätigt wird, entfaltet in jüngster Zeit eine monarchistische Organisation in Tirol eine rege Propagandatätigkeit. Die republikfeindlichen Bestrebungen werden durch einen Verein „Bund österreichischer Patrioten“, Landesgruppe Tirol, propagiert, der dem Vernehmen nach von der Tiroler Landesregierung genehmigt sein soll.

Die Hintermänner dieses „Bundes österreichischer Patrioten“ trachten vorerst, durch Verbreitung von habsburgischen „Hofnachrichten“ eine entsprechende Gesinnungsgrundlage in der Bevölkerung zu schaffen, von der ausgehend sie dann offenbar „größere Aktionen“ ins Werk setzen wollen.

Hofnachrichten als Köder

So wird den „Patrioten“ in einem vervielfältigten Rundschreiben unter der gesinnungsmäßig bezeichnenden Überschrift „Verlobung im Kaiserhaus“ mitgeteilt, daß „S. k. Hoheit Erzherzog Karl Ludwig sich mit Prinzessin Jolande de Ligne, Tochter des Fürsten de Ligne, verlobte. Die Hochzeit findet im Jänner statt.“ In Gedanken sieht der Leser, wie die verstaubten Gespenster der Hofkamarilla aus den Gräbern aufstehen, und ein andachtsvoller, gruselig-wollüstiger Schauer soll ihm über den Rücken kriechen.

Besondere Begünstigungen genießen sie

schon, die Mitglieder dieses „Bundes österreichischer Patrioten“. Unter der bombastischen Überschrift „Erzherzogin Adelheid Taufpatin“ heißt es: „I. k. Hoheit Erzherzogin Adelheid hat die Taufpatenschaft über das jüngstgeborene Kind unseres Mitgliedes Karl Pfötscher übernommen. Die Taufe fand am 5. Jänner laufenden Jahres statt. Als Stellvertreterin fungierte Frau Josefine Schuhmacher, die Gattin des Hofrates Doktor Josef Schuhmacher.“

Die arme Kleine, was sie nicht schon alles in ihrem zarten Alter über sich ergehen lassen muß. Daß die Adelstitel bereits in der Ersten Republik abgeschafft wurden, scheint die verantwortlichen Herausgeber dieses Blattes, die übrigens schamhaft verschwiegen werden, wenig zu kränken. Sie schaffen sich ihre Umwelt im traditionellen Stil der k. k. Zeit mit allem Drum und Dran.

Im Rundschreiben Nr. 6, das jedermann um den Preis von 80 Groschen beim Kassier Roman Haider, Solbad Hall in Tirol, Pruggergasse 15, kaufen kann, wird auch Mitteilung über die Gründung neuer Ortsgruppen in Osttirol gemacht. So wurde eine solche in Leisach gegründet (Obmann Gottfried Senfter), in Gailberg (Obmann Bartlmä Glatzsch) und in Prägraten (Obmann Philipp Berger), wo gleich 27 Patrioten die neue Ortsgruppe aus der Taufe hoben. In Lienz fungiert als Obmann der Kaisertreuen der ehemalige ÖVP-Landtags-

abgeordnete Alois Lugger. Ihm steht als Stellvertreter der Architekt Solheid zur Seite.

Die Geburtstagsfeier Ottos wurde am 20. November in Lienz ganz groß in klassischer Weise gefeiert, ausgerechnet im Kolpingsaal, wo über der Bühne ein lebensgroßes Brustbild Ottos hing. Den Gläubigen wurde in bombastischen Worten die Bedeutung des 20. November klar gemacht (ein Kamerad erfreute mit humoristischen Einlagen). Im Originalrundschreiben heißt es wörtlich:

„Ein Prolog wurde gesprochen und darauf ertönte, anfangs leise, dann immer stärker anschwellend, eine Strophe der unsterblichen Haydn-Hymne. (Für den Kenner heißt es: »Gott erhalte, Gott beschütze unsern Kaiser, unser Land.«) Damit und mit einer stehend angehörten Glückwunschatresse an unseren jungen Kaiser klang der Abend aus.“

*

Wir sehen sie vor uns stehen, die Mannen, ohne Vertrauen zu sich selbst, ohne Rückgrat, stets bereit, einen fremden Stiefel zu lecken. „Habt-Acht-Stellung, Hände an die Hosennaht!“ So war es in der k. und k. Monarchie, so war es im Tausendjährigen Reich und so üben sie jetzt schon wieder im Kolpingsaal in Lienz.

Seht ihnen mehr auf die Finger und weniger auf den Mund, wenn ihr verhindern wollt, daß ihr morgen wieder in Reih und Glied steht und die „von und zu“ kommandieren (für Starhemberg, Prinz Auwi und die diversen Itzenplitze), ob ihr aufstehen dürft oder euch niederzuwerfen habt in den Dreck! Noch ist es eine lächerliche Gesellschaft absonderlicher Heiliger, die sich hier zusammengefunden hat, aber wenn wir sie groß werden lassen, dann gebührte uns bei Gott nichts anderes als der Dreck, in den sie uns hineinstoßen möchten.

Die „Rabies nationalis“

Friedrich Nietzsches Stellung zur Rassenfrage

II.

Förster kam aus den Kreisen der Bayreuther Adepten und spielte dort seit 1879 eine führende Rolle. Mit der Propaganda für die Wagnersche Muse verknüpfte er aber eine lärmende Agitation gegen die Juden. Er gehörte den „Deutschen Sieben“*) an, er ist es, der am 13. April 1881 Bismarck eine (angeblich von 267.000 deutschen Bürgern unterfertigte) Petition überreicht, die eine radikale Einschränkung der Einwanderung aus Polen, die Einführung eines numerus clausus und einen Registrierungszwang für alle Juden vorsieht. Er gibt eine „Antisemitische Korrespondenz“ heraus, die sich in hysterischen Haßtiraden ergeht, und fühlt sich wie Adolf Hitler als legitimer Exponent einer „Volksbewegung“. Sein Pathos, sein heiserer Schrei nach der Beseitigung aller Andersrassigen erinnert uns an die manischen Exzesse der Streicher und Hitler. Er wendet sich als Gegner der Vivisektion auch gegen die — Professoren.

Eine Kostprobe seiner konfuse Dialektik aus einer Rede vor Gesinnungsgenossen: „Sie fragen mich, wie das Professorentum mit dem Judentum

*) Th. Fritsch, O. Glogau, O. Boeckl, X. König, M. Liebermann, von Sonnenberg und dessen Bruder Paul.

An die Adresse des „Mahnruf“

Zwei Jahre später!

Am 8. März 1950 sind es zwei Jahre, daß der Bundesverband ehemaliger politisch Verfolgter Antifaschisten durch Erlaß des Innenministeriums aufgelöst wurde. Wir Sozialisten haben diese Maßnahme tief bedauert und insbesondere jene Vorgänge schärfstens verurteilt, die zur Auflösung des Verbandes führten. Wir müssen es aber an dieser Stelle klar aussprechen, daß auch wir für diese Entwicklung in gewisser Hinsicht mitverantwortlich gewesen sind; und zwar vor allem deswegen, weil wir das verderbliche Treiben einer kleinen Schar unentwegter Kommunisten so lange tolerierten, bis die Spaltung der Überparteilichkeit unvermeidbar war. Alle nichtkommunistischen ehemals politisch Verfolgten, die die Mehrheit der seinerzeitigen Verbandsmitglieder ausmachten, werden diese Feststellung unterstreichen.

Einheit, nur um der Einheit willen, wäre unvernünftig. Die Kommunisten beweisen es ja Tag für Tag, daß sie keine Demokraten sind und überall dort, wo es ihnen möglich war die Macht an sich zu reißen, werden ihre politischen Gegner grausam und unerbittlich verfolgt. Nicht nur in Spanien und Griechenland, auch in Ostdeutschland und in allen Ostblockstaaten werden die Menschenrechte mit Füßen getreten und KZs errichtet.

Erst kürzlich haben wir von der grausamen Hinrichtung von Titoanhängern in Albanien gehört, wobei man die Leichen tagelang an den Bäumen hängen ließ. Wir möchten dabei in aller Form eine Frage aufwerfen: Unterscheiden sich diese Methoden im Prinzip von

zusammengehöre? Ich wiederhole also: „Das spezifische Merkmal des Professorentums ist die Freude am Töten. Das Kalkulieren, die Richtung auf das Abstrakte ist eben auch Sache des Judentums, der Zusammenhang beruht somit auf einer ja neuerdings sehr deutlich erkennbar gewordenen Wahlverwandtschaft zwischen diesen beiden Mächten. Das Schlimmste nenne ich zuletzt, den heillosesten Einfluß auf unser gesamtes Leben leistet das Judentum durch den ihm seit Anfang seiner Geschichte bekannten und vertrauten Kultus des goldenen Kalbes.“ („Lebhaftes Bravo“ ist an dieser Stelle in der „Antisemitischen Korrespondenz“ vermerkt.)

Er ruft nach Taten wie sein berühmtester Nachfahre. Wie viele Naziintellektuelle (unbekümmert um seine Mission als Lehrer und Akademiker) rempelt er gemeinsam mit gleichgearteten Genossen am 8. November 1880 nach dem Besuch eines Lokales, wo man sich nicht nur an Phrasen, sondern auch am Wein berauscht hatte, in der Berliner Pferdebahn friedliche Passanten an, die er für Juden hielt, verhöhte sie nach echter Naziart durch provokantes „Mauscheln“ und kündigte ihnen, wie er selbst zugeibt, „deutsche Hiebe a priori und a posteriori“ an. Es kam zu Handgreiflichkeiten, und Förster gab dann dem intervenierenden Polizisten als einzige Entschuldigung für seine Bubenmanieren zur Antwort, „er habe einen deutschen Vater“ gehabt. Der Skandal wurde in der Presse lebhaft erörtert, und als Förster den Ungeist des Rassenhasses auch in das

jenen der Faschisten, die abgesehen von der Quantität der Opfer, diese in Friedenszeiten wenigstens nicht vor den Augen der entsetzten Mitwelt liquidierten? Wir würden es sehr begrüßen, wenn sich der „Mahnruf“ einmal klar von den Gestapomethoden gewisser Staaten distanzierte, die als Überdemokraten das Recht für sich in Anspruch nehmen, An-

walt der Freiheit und des Fortschrittes zu sein.

Damit wäre der Weg einer Zusammenarbeit geebnet. Demokratie ist ebenso unteilbar wie Freiheit und Menschenwürde und man kann nicht mit Menschen gemeinsame Wege gehen, die im blinden Glauben an ein Dogma die Grundrechte moderner Gesellschaftsformen verleugnen.

Die alte Burschenherrlichkeit geht wieder um

Dr. Heuß, der westdeutsche Bundespräsident, hat es kürzlich für notwendig befunden, in einer Rede vor Berliner Studenten seinem Bedauern darüber Ausdruck zu verleihen, daß die studentische Jugend nun wieder Gefahr laufe, in die wenig erfreuliche Atmosphäre des Korpsstudententums zu geraten. Er meinte, die Reaktivierung dieser Verbände entspräche weniger dem Bedürfnis der Studenten selbst, als vielmehr den Wünschen der ihnen angehörigen „Alten Herren“, die im Grunde genommen als die eigentlichen Initiatoren der Korps anzusehen seien. Der gleichen Ansicht waren auch die Rektoren aller westdeutschen Universitäten, die es sogar für notwendig hielten, gegen die Wiederaufrichtung der alten Korporationen, besonders aber gegen die Abhaltung von Mensuren, in einer scharfen Resolution Stellung zu nehmen.

Hitler hat bekanntlich die studentischen Verbände aufgelöst. Er hat es keineswegs deshalb getan, weil er in ihnen etwa Zellen einer demokratischen Opposition vermutete, sondern aus Gründen seiner totalitären Ordnung, die keine konkurrenzierenden Gemeinschaften zur SS und SA und anderen NS-Verbänden dulden durfte. Es gehört mit zu den Grotesken unserer

Zeit, wenn sich die erzreaktionären Propagandisten des Korpsstudententums nun auf dieses Verbot stützen, um ihre Reaktivierungsbestrebungen in ein besseres Licht zu stellen.

Kürzlich haben sich nicht weniger als sechshundert Kartellträger in Rüdeshcim getroffen, um den Burschenschafterverband neu zu begründen und seinen organisatorischen Wiederaufbau zu besprechen.

Die Verantwortlichen im westdeutschen Bundesstaate werden gut tun, die Lebensregungen dieses Verbandes genau zu beobachten, wenn sie gegen spätere unliebsame Überraschungen gefeit bleiben wollen. Zu dieser Wachsamkeit müßte sie vor allem die politische Vergangenheit mancher dieser „Alten Herren“ verpflichten, die zu den Bannerträgern des Nationalsozialismus gehörten und nun mit Hilfe unerfahrener jugendlicher Kneipgenossen unter stillschweigender väterlicher Duldung der Behörden geheime Aktionsgruppen bilden möchten. Hinter ihnen stehen viele einst sehr einflußreiche Persönlichkeiten des nationalsozialistischen Regimes, die es vorziehen, heute noch eine gewisse Distanz zu wahren. Sie werden sich eines Tages sehr laut zu Worte melden.

Schulzimmer trug, wurde er — da auch Prozesse gegen ihn angestrengt wurden — seines Amtes enthoben.

Fern von Europa blüht die Profitoase

Nun warf sich der relegierte Professor und Radauheld auf Kolonisationsprojekte. „Deutsches Wesen“ nach allen Richtungen hin zu exportieren, welch verlockende Aufgabe für einen Menschen wie diesen! Er erwies sich als ein gewiegter Geschäftsmann und wie viele ihm Artverwandte auch als gewissenloser Bankrotteur.

Er warb unter Auswanderungslustigen und sein Gimpelfang trug bald reiche Früchte. Anfang 1883 dampfte er — Europas und der Zivilisation müde — zu „Informationszwecken“ nach Paraguay ab. Er leitete seinen Exodus mit Phrasen und Werbeworten ein, die für seine Geisteshaltung kennzeichnend sind. Er sprach von „Auserlesenen“, von einer Elite, die er nach dem Westen zu verpflanzen gedenke, und es geschehe „zur Ehre des deutschen Genius und zum Wohle der ganzen Welt“. „Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag!“ rief er, und es gab genug Dumme, die sich an diesen Phrasen berauschten. Sie wurden schließlich tüchtig geschröpft. Försters Geschäft blühte, als er im Frühling 1885 nach seiner Erkundungsreise aus Paraguay zurückkehrte. Er beglückte kurze Zeit nachher die staunende Mitwelt mit einem gedruckten Bericht, in dem er ein Paradies in Aussicht stellte. Zur gleichen Zeit ehelichte er auch

Elisabeth, die Schwester des Philosophen, der allerdings von dieser Verbindung nicht sehr entzückt war und sich auch nicht scheute, die Schwester des „geistigen Verrates“ zu bezichtigen, da er nicht nur den gleichgearteten Bruder des Judenfressers, Paul, sondern auch Bernhard Förster selbst im Bayreuther Kreis schon früher kennen und verachten gelernt hatte. Aber auch Nietzsche wurde ein Opfer des „Gründers“ und Projektgemachers. Er ließ sich nämlich nach langem Drängen seiner Schwester herbei, Förster eine bestimmte Summe als Darlehen für das Kolonisationsprojekt zur Verfügung zu stellen.

Am 2. März 1887 wurde das Ehepaar Förster von einer noch immer gläubigen Schar von Auswanderern in der Siedlung „Neu-Germanien“ festlich empfangen. In einem begeisterten Bericht, den Förster an die Mitwelt gelangen ließ, sagte er, daß er „in dem neuen Gau die deutsche Flagge gehißt habe“. Weiter behauptete er: „Wenn die drei Zentren, San Bernardino, Nueva Germania und das Unternehmen der Leipziger Kolonisationsgesellschaft die gewünschte Anziehungskraft ausüben, dann ist dem Deutschtum in Paraguay eine Zukunft gewiß, welche von der Verwirklichung des goethischen Ideals nicht weit entfernt bleiben dürfte.“

Natürlich erwies sich die Gründung als offenkundige Pleite. Die Irreführten verloren ihr Geld, es kam zu Demonstrationen gegen das Ehepaar, es gab Intrigen und Prozesse und die Lage war so unhaltbar geworden, daß der Bankrotteur keinen ande-

Seit der Reaktivierung der Burschenschaften in Deutschland sind die Bannerträger einer nicht mehr zeitgemäßen und durch politische Schuld reichlich kompromittierten Burschenherrlichkeit auch bei uns sehr rege geworden. Es ist dies ein Beweis dafür, wie enge die ideologischen Bande sind, die die Kommilitonen von hüben und drüben verbinden.

Wie wir erfahren, haben in letzter Zeit auch in Wien Besprechungen zwischen den Anhängern des Korpsstudententums, vor allem unter den „Alten Herren“, stattgefunden, und es sind bereits alle Vorbereitungen für einen organisatorischen Wiederaufbau der Verbände getroffen worden. Man trifft sich wieder in den Extrazimmern renommierter Gaststätten; die bekannten von Renommierschmissen verunzierten Gesichter der Repräsentanten des schlagenden Studententums tauchen schon wieder auf; Couleurkappen werden aus den Mottenkisten geholt und der Rost von den Schlägern entfernt.

Die sattsam bekannten Gestalten in „Räuberzivil“, eine Kombination von Frontgeist und Nazitum, erscheinen wieder vor uns und halten kaum mit ihrer wahren Gesinnung zurück.

Wir sind in Österreich dem Treiben dieser Verbände, diesem „Stück Romantik“ und seiner „mittelalterlichen Idylle“ gegenüber hellhörig geworden. Diejenigen, die heute noch in diesen Verbänden Tummelplätze einer harmlosen, auf alten Traditionen ruhenden Geselligkeit sehen möchten, müßten längst eines Besseren belehrt worden sein, als diese Klubs der Harmlosen ihr wahres Gesicht zeigten. Damals, als sich diese „Romantiker“ unter der studierenden Jugend als die Stoßtruppführer des organisierten Hochverrates entpuppten. Das darf sich bei uns nicht noch einmal wiederholen!

ren Ausweg mehr wußte, als den des Selbstmordes. Im Totenschein wird allerdings unter dem Datum des 8. Juni 1889 „Nervenschlag“ angegeben. So endete die Karriere Bernhard Försters. Elisabeth kam 1890 wieder nach Deutschland zurück und setzte trotz der Hoffnungslosigkeit des Projektes die Werbung fort. Erst als sie erkannt hatte, daß jedes Vertrauen dafür geschwunden war, widmete sie sich, geschäftstüchtig wie immer, der Propaganda für ihres Bruders literarisches Schaffen.

Wes Geistes sie war, erhellt aus einer Flugschrift, die sie damals erscheinen ließ und in der es heißt: „Die antisemitische Partei hat vor allem eine positive Seite und betont dies bei jeder Gelegenheit, daß sie auf Vertiefung und Veredelung der echt deutschen Eigenschaften wirken will, Institutionen schaffen und erneuern möchte, welche echtes Deutschtum in idealer und wirtschaftlicher Hinsicht kräftigen und fördern sollen und vor fremden Einflüssen sichern.“

Der Philosoph — ein Opfer der Förster-Clique

Warum erzählen wir diese, gewiß interessante, aber mit der Geisteshaltung des Philosophen nur in losem Zusammenhange stehende Geschichte? Doch nur, um aufzuzeigen, wie Nietzsche tatsächlich auf die antisemitische Ideologie reagiert hat, und auch, um zu erweisen, welch große Gefahr darin lag, daß Elisabeth Förster als die Sachwalterin des Nietzscheschen Nachlasses eingesetzt worden ist. Denn

Eine Resolution der Genossen von Wiener Neustadt

Beschlossen in der Mitgliederversammlung am
15. Februar 1950.

Die heute in Wiener Neustadt tagende Versammlung der Mitglieder des Bezirkes Wiener Neustadt des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus stellt mit großer Entrüstung die beschämende Tatsache fest, daß für Entschädigungen und Nachzahlungen an Nazi von Bund und Gemeinden bereits ein Betrag von vielen Millionen Schilling aufgewendet wurde, während für die Opfer des Faschismus trotz der Parteienvereinbarung vom März 1946 die Frage der Entschädigung für Haft und Verdienstentgang bis heute nicht erledigt wurde.

Unsere Genossen in den gesetzgebenden Körperschaften werden mit allem Nachdruck aufgefordert, ernstlich dafür zu sorgen, daß die Opfer des Faschismus endlich zu ihrem Recht kommen.

Wir verweisen auf verschiedene Länder Deutschlands, die bestimmt ebenfalls mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wo aber die Frage der Haftentschädigung trotzdem vorbildlich gelöst wurde.

Ein starker Bund in einer starken und mächtigen Sozialistischen Partei ist der einzige und wahre Garant einer die Menschenwürde achtenden Demokratie und einer sozial-gerechten Wiedergutmachung für die Opfer des Faschismus der Jahre 1934 bis 1945

Gen. Heigelmayr auf der Gründungsversammlung in Braunau

was den übrigen Interpreten mißlang, versuchte Elisabeth Förster und mit mehr Erfolg von neuem.

Wie aus vielen Äußerungen des Philosophen hervorgeht, war er über die Laufbahn seines Schwagers und die geistige Entfremdung seiner Schwester sehr besorgt. Seine Abneigung gegen den Antisemitismus wird bei diesem Anlaß offenbar. Er wendet sich mit aller Entschiedenheit nicht nur gegen seine Bevormundung hinsichtlich der Wahl seiner Freunde (das Ehepaar Förster hatte ihm wegen seiner Beziehungen zu jüdischen Freunden Vorhalte gemacht, so wegen Lou Andreas-Salome, die er einst zu ehelichen hoffte, zu Paul Ree und zu Georg Brandes), er nahm auch zu den Problemen des Rassenhasses eindeutig Stellung:

„Niemals wäre Nietzsche mit einem Menschen wie Förster, dem bis zur Karikatur übersteigerten Antipoden seiner Fühl- und Denkart, in Berührung gekommen. Dem ihm bereits früher bekannt gewordenen Bruder Försters, Paul, ging er nach Möglichkeit aus dem Wege. Plötzlich sah sich nun Nietzsche mit Bernhard Förster verschwägert. Sofort witterte er Gefahr für sein Werk, er fürchtete, in der Öffentlichkeit unvermeidlichen Verwechslungen ausgesetzt zu sein. Förster war schon, als er in Naumburg seiner Schwester nahekam, eine »vielgenannte Persönlichkeit«, ein Kämpfer für Ideen und Bundesgenosse von Menschen, die Nietzsche zutiefst verhaßt waren“, sagt Podach in seinem Buche.

(Fortsetzung folgt)

Kontra Franco!

Neuer Terror und Unterdrückung in Spanien. Sofortige Hilfe ist nötig

Vor kurzem führte die Franco-Polizei eine gewaltsame Aktion gegen die Untergrundorganisation der spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei durch. Eine Welle blutigen Terrors floß über Spanien. Unsere Genossen, die seit 10 Jahren in ganz Spanien im illegalen Kampf stehen, haben schwerste Verluste erlitten.

Der führende Teil der Widerstandsbewegung in Spanien ist die Sozialistische Partei, die Sozialistische Jugend und die Gewerkschaft (UGT und CGT). Franco weiß, daß die größte Opposition gegen sein Regime von den Sozialisten und den Gewerkschaften kommt, und er führt harte Schläge gegen diese Organisationen, die für eine demokratische Entwicklung in Spanien kämpfen.

Durch Verhaftung von Anarchisten in Valencia gelang es der Polizei, die Zentrale des antifaschistischen Verbindungsausschusses zu entdecken. Am 17. August wurden zuerst in Madrid die ersten zwanzig Jungsozialisten und Jungsozialistinnen verhaftet. Wenige Tage später wurde Genosse Trigo Mayral, der Vorsitzende der spanischen Sozialistischen Partei, gefangen. In der folgenden Verhaftungswelle wurden hun-

derte sozialistische Jugend- und Parteigenossen in allen spanischen Provinzen eingekerkert. Unersetzliches Organisationsmaterial, Schreibmaschinen, Abziehapparate, Setzmaschinen, Papier usw. fielen in die Hände der Faschisten.

Der Generalsekretär der spanischen Sozialistischen Jugend im Exil, Genosse Martinez Dasi, erhielt aus Spanien folgenden Brief: „Die Lage scheint ausweglos, wenn es nicht gelingt, raschest materielle Mittel zu beschaffen. Wir bitten Dich, einen dringenden Appell an unsere Genossen in allen Ländern zu richten, uns durch Solidaritätsaktionen zu helfen. Unsere Organisation, die Franco jetzt zu einem großen Teil zerstört hat, könnte ohne diese Hilfe erst nach sehr langer Zeit wiederaufgebaut werden. Jede Hilfe für unsere Eingekerkerten, für die wir das

Schlimmste befürchten müssen, ist ohne ausreichende Mittel unmöglich, weil bei der Bestechlichkeit und allgemeinen Korruption der Franco-Faschisten nur mit Geld, mit viel Geld etwas erreicht werden kann. Wir können derzeit oft nicht einmal jene Genossen zur Grenze weiterbefördern, denen es gelungen

(Fortsetzung auf Seite 12)



Österreichs Schande!

Unsere spanischen Genossen melden, daß vor einiger Zeit 500 österreichische Kinder Spanien über Irún verlassen haben und daß am nächsten Tag 500 andere über Irún eingereist sind. Die „Caritas“ rühmt sich in ihrem Rechenschaftsbericht, daß sie nahezu 2000 Kinder nach Spanien geschickt hat. Drei Kinder hatten die große „Ehre“, von Franco, dem Diktator, selbst in seinem Palast El Parso aufgenommen worden zu sein.

Das hungernde spanische Volk, dem man zum Zwecke der Erhaltung der österreichischen Kinder 40 Millionen Peseten durch Briefportozuschläge abgeknöpft hat, weiß, was es von dieser „Großzügigkeit“ des Diktators zu halten hat. Es muß für die „Repräsentationsspesen“ seines Diktators ebenso aufkommen wie seinerzeit das deutsche Volk für die Propagandafeste der Nazibonzen.

Wir Sozialisten wollen dafür sorgen, daß das spanische Volk die Österreicher nicht nur als Freunde Francos, sondern auch als Feinde Francos und damit als Freunde des spanischen Volkes kennenlernt. Darum: Gebt für den Hilfs- und Solidaritätsfonds der spanischen Sozialisten!

Ode an die österreichischen Arbeiter



Sie schossen auf die Sozialisten um halb sechs
Im Namen des siegreichen Österreichs.

Der Himmel

War blauer Februar in diesen vier kalten Tagen
Und das bißchen Schnee lag leicht auf dem harten Grund.

(Wien ist die lachende Stadt der Lieder und des Weins,

Des Schlagobers und der Kinder, die gehungert haben...)

Und ein großer Geist...)

Sie hatten den Generalstreik ausgerufen, doch die Pläne gingen schief.

Das Licht erlosch zwar in dieser ersten Nacht.

Es ist sonderbar, den Schalter

Nah' dem Bett zu dreh'n und deine Lampe will nicht
Und dann starrt ihr aus den Fenstern in die schwarze Straße:

Ganz leer: Ein Mann nur mit der Pistole hat es eilig.

Wir bauten uns die Städte für Lichter und den harten Glanz.

Und wenn die Sirenen gellen zu den harten Wintersternen,

So ist es nur ein Feuer, ein Rettungswagen, nichts Schlimmes,

Ein Stück vom Tag. Du kannst zum Laden an der Ecke gehen

Und nie geduckt vor einer Kugel. Die Lichter sind ja da,

Und siehst du einen mit Pistole, der es eilig hat,

Ruf an die Polizei, wart auf die Morgenzeitung.

Doch anders: ohne Licht, und wenn das Schießen beginnt.

Sie waren gewöhnliche Leute,

Die Sorte, die ins Kino geht, Paraden liebt

Und Kinder hat und sie zu Gärten führt, in Straßenbahnwagen sitzt,

Der Arbeiter an der nächsten Bank, der alte geschickte Werkmeister;

Du hast die Linien ihrer Nacken millionenmal

In jeder Masse gesehen und vergessen — gesehen ihre Züge,

Namenlos, ermüdet, gut gelaunt, Züge voll Brauchbarkeit.

(Die flinken Hände, und sie bewegen sich geschickt zwischen Maschinen,

Hände des Bäckers und der Bäckersfrau,

Hände in Gummihandschuhen, und sie flicken den sprühenden Draht,

Hände an Schaltern und Hebeln, große, vierschötig, breite Hände

Mit den Striemen von dem Werkzeug über ihnen, Finger, stumpf, plump, schaffend an stumpfem Tagwerk

Und andere: Schreibende und nachdenkliche oder feinfühlige wie eine Jagdhundsnautze.) Du sahst ihre Hüte und ihre Schuhe.

Überall, in jeder Stadt. Sie tragen keine Masken.

In ihren Taschen stecken Scharpie, steckt Tabakstaub.

Ihr Anblick ist der Anblick jeder Menge.

Es war Montag, wenn das begann.

Sie waren langsam im Anfang.

Aber man hatte sie an die Wand getrieben. Sie glaubten an den Frieden,

An gute Häuser, an Versammlungen, an Wahl und an Beschluß,

Nicht an den plötzlichen Mord an Ecken, nicht an die Panzerwagen,

Feuernd über den Platz, nicht an die Bomben und die blutigen Häupter.

Doch sie haben gesehen, was sich zutrug am nächsten Tor, im Nachbarland,

Zu Volk, das an Frieden und Wahlen geglaubt.

Und dieselbe Flut war im Steigen hier. Sie konnten den Sturm hören.

Sie griffen schließlich zu den Waffen in den Arbeitervierteln,

Wo sie die Häuser gebaut hatten für den Frieden und für die sichere Zukunft.

Die Häuser waren hoch und schön,

Große Blöcke aus Steinen für Menschen, gebaut vom Volk fürs Volk,

Niemand zu bereichern, wenn man baut,

Um niemand zu bereichern, kann man dem Volk Licht und Luft geben.

Man hat Platz, sich umzudrehen — sein Zimmer des abends —,

Man kann Bücher haben und frisches Wasser und gesunden Schlaf,

Raum, darin die Kinder
In der ganzen Welt war
Häusern.

Laßt euch erinnern an den Goethe-Hof,

An das eine Gebäude n alle die anderen.

Sie waren kleine Städte, Volk.

Sie wurden bombardiert schützen.

Es ist wunderbar
Über die vertrauten St Wohnung

Und das magere Maschin auszurichte

Gefangene in spanischen Konzentrationslagern

Vor einigen Tagen ist Senator Wolters, Mitglied des Bremer Stadtsenats, von einer Spanienreise zurückgekehrt, die er als Gast der „Neptun-Reederei“ an Bord von MS. „Olbers“ unternommen hat. Er berichtet der Presse über seine Begegnung mit deutschen Gefangenen, die sich seit Jahren in spanischen KZs befinden.

Es handelt sich um etwa 1000 Deutsche, die unter den denkbar schlechtesten Lebensbedingungen gehalten werden, ohne jede ärztliche Hilfe Krankheiten und Seuchen ausgesetzt sind und kaum mehr die Hoffnung hegen, jemals wieder aus dieser Hölle zurückzukehren. Viele von ihnen sind bereits gestorben, ohne daß ihre Angehörigen verständigt wurden.

An Bord eines Schiffes, das im Hafen von Pasajes vor Anker lag, lernte der Senator einen jungen Mann in vollkommen verrissener Kleidung kennen, der kurz vorher aus einem KZ Francos entweichen konnte und ihm über das Schicksal weiterer deutscher Gefangener berichtete. Wolters setzte sich daraufhin mit dem Oberkommandanten in San Sebastian in Verbindung, der ihm nach langem Zögern schließlich die Bewilligung für einen kurzen Besuch des Lagers in Nanclares erteilte. Er mußte sich aber verpflichten, mit keinem der Häftlinge auch nur ein Wort zu sprechen.

Der Senator reiste die 150 km landeinwärts und gelangte schließlich zu dem Lager, das sich auf einem schwer zugänglichen Felsplateau befindet, von hohen Mauern umgeben ist und von zahlreichen mit MG.-Nestern bespickten Betontürmen bewacht wird.

Der Kommandant empfing Wolters mit ausgesuchter Höflichkeit, aber auch er schärfte ihm ausdrücklich ein, daß er eine Unterredung mit den Gefangenen nicht bewilligen könne. Inzwischen aber hatten sich vor dem Gebäude etwa 400 Gefangene angesammelt, die mit dem Senator zu sprechen wünschten.

Wahre Elendsgestalten näherten sich dem Besucher, und die Wächter waren außerstande, die Verzweifelten zurückzu-

chischen Sozialisten

Februar 1934

er wachsen.
äußen Leute von diesen
den Karl-Marx-Hof, an
nach Matteotti, und an
e, gebaut vom Volk fürs
ert mit Sechs-Zoll-Ge-
lich, zu gehen
Stiegen zur gewohnten
inengewehr am Fenster

Wunderlich, das Schwarz von diesem Pulver an
den eigenen Händen zu sehen ...
Sie hatten Waffen zum Bedarf versteckt, aber
bisweilen
Konnten sie sie nicht finden, sie waren ge-
wöhnliche Leute.
Die andere Seite war viel fertiger — Fey und
Dollfuß und all die Hemdblusen waren
völlig bereit.
Wenn du
An Gärten glaubst, an Wahlen und Versamm-
lungen, und nicht an den Tod,
Nicht an Cäsar,
Dann ist es hart zu begreifen, daß der Tag
kommen mag

drängen. So war der Kommandant gezwungen, zuzuhören, wie sich die KZler über ihre Lage aussprachen.

Wolters erfuhr, daß sich im Lager von Nanclares etwa 400 Gefangene, unter ihnen 96 Deutsche, befinden, größtenteils Männer, die zwischen 1933 bis 1948 nach Spanien gekommen sind. Ein Teil bestand aus Kriegsgefangenen, die aus Lagern in Frankreich oder Nordafrika geflüchtet sind, in der Hoffnung, von Spanien aus leichter in die Heimat zu gelangen. Kein einziger von ihnen wird wegen irgendwelcher Kriegsverbrechen gesucht, man hat sie augenblicklich in das Lager bloß deshalb eingewiesen, weil die Transportkosten für die Rückführung „unaufbringlich“ sind.

Die Verpflegung spottet jeder Beschreibung. Die Häftlinge erhalten neben einem Kaffee am frühen Morgen nichts als dünne Wassersuppen und täglich zwei Stückchen Brot. Die Schlafstellen sind derart verwandt, daß es die meisten der Männer vorziehen, im Freien zu nächtigen. Sie arbeiten in nahen Steinbrüchen und Minen. Der Lohn ist so gering, daß er kaum ausreicht, eine Handvoll Tabak zu erwerben.

Die meisten der Häftlinge, die Wolters zu Gesicht bekam, waren völlig abgezehrt, viele von ihnen schwer krank.

„Wir verrecken hier! Wir haben Typhus!“ schrien sie, und Wolters erzählt, daß sich viele auf die Knie warfen und ihn baten, ihrer nicht zu vergessen. Der Senator schätzt die Zahl der deutschen Gefangenen in spanischen KZs auf etwa tausend. In dieser Zahl sind die einstigen Spanienkämpfer deutscher Abkunft nicht eingerechnet. Sie werden in speziellen Lagern für politische Verbrecher festgehalten. Dort herrschen die gleichen barbarischen Verhältnisse wie in den einstigen Nazi-konzentrationslagern.

Es gelang Wolters, eine Liste der in Nanclares Festgehaltenen zu erhalten, und er beabsichtigt, die deutsche Bundesregierung auf das Schicksal dieser Unglücklichen zu lenken. Leider konnte Wolters darüber, ob sich auch Österreicher in den Lagern befinden, keine Auskunft geben. Es ist jedoch möglich, daß es unter den KZlern auch Österreicher gibt.

Und du schickst Frau und Kinder hinunter in den Keller,
Fort aus der Bahn der Bomben und du befestigst die dir so bekannten
Treppen zu deinem Heim, du weißt vor jeder Stufe,
die wievielte sie ist,
Die fremde Pistole kalt in der Faust,
Und der Mund trocken vor Verzweiflung.

Es ist hart zu denken,
Trotz aller Unterdrückung, trotz aller Feindschaft,
Daß dies nun beginnt zu geschehen.
Und so, als es geschah: Eure Pläne gingen schief.
(Weiße Fahnen am Karl-Marx-Hof und am Goethe-Hof,
Und die Hinrichtungen, später.)

Ein Berichterstatter
Der englischen Presse bemerkte, als es richtig ge-
schehen war
Und man ließ ihn hin, es zu sehen, daß im ganzen
Die Gebäude weniger beschädigt waren, als man
Von vier Tagen der Beschießung erwarten konnte.

Vorher freilich sah er
Eine Lastenwagenladung von Leichenbestattern und
billigen Kiefersärgen
Unterwegs zu dem umkämpften Bezirk.
Aber die Häuser standen im Ganzen. Sie hatten sie
gut gebaut.

Sie waren gewöhnliche Leute und sie sind tot.
Tot, wo sie lebten, durch Gewalt, in ihren eigenen
Heimen

Zwischen dem Pult und der Tür und dem Küchen-
sitz,

Tot in den Höfen, wo die Kinder spielten.
(Der Kiefer eines Kindes zertrümmert durch eine
Kugel, die Krippe blutig,
Die Frau auf den reinen Stufen ausgestreckt wie ein
Teppich.)

Uncäsarlich, unkriegerisch, bloß tot.
Tot oder viele in Verbannung oder geschreckt.
(Und jene, die dort noch leben und in der Nacht
erwachen

In Erinnerung an die freie Stadt.)
Schweigend oder gejagt und ihre Führer entehrt.
Die Kommunisten sagen, sie wollten nicht kämpfen,
aber sie kämpften.

Vier bittere Februartage,
Schlecht geleitet, in Minderzahl, der Rundfunk ein
Schmetterer von Lügen

Und die Sechs-Zoll-Kanonen wider sie und alle
Hoffnung dahin,

Vier Tage im Karl-Marx-Hof und im Goethe-Hof
Und niemand weiß noch, wie viele Tote.

Und verständige Männer geben nach und nehmen
an die Flagge,

Das Abzeichen, die Armbinde, den Knebel, die Skla-
ventyrannei,

Den scheinenden, den blechnen Frieden des Cäsars.
Sie waren nicht verständig.

Vier Februartage, zwei Jahre zuvor.
Bringt keine Blumen her,

Nicht vom Berg und nicht vom Tal,
Noch auch nur die gewöhnlichen Blumen des wüsten
Feldes,

Die noch frei sind für den Armen;
Keine Kränze auf diese Gräber, diese obdachlosen
Gräber,

Bring einzig nur das pulvergeschwärzte Messing
Der Granatenhülse, die Schlacke von Flintenkugeln,
den zerrissenen Stahl

Und das knochenstrenghende Blei,
Das unfruchtbare, mit dem beißenden Geruch nach
Tod,

Und häuft es hier, bis sie verrosteten, die Kanonen,
zum Gedächtnis.

Stephen Vincent Benét

Tagebuch Blätter

Eine Erinnerung aus dem KZ Dachau

Im KZ Dachau gab es verschiedenartige Häftlinge: solche, die wegen Abhörens fremder Radiosender zu einigen Jahren Kerker und KZ verurteilt waren, solche, die irgendeine Kerkerstrafe abgebußt hatten und statt in Freiheit ins KZ geschickt wurden, solche, die wegen Arbeitsunlust angezeigt und dann als Saboteure bezeichnet wurden, solche, die sich in irgendeiner Art gegen die Sittengesetze vergangen hatten und dafür Kerker und KZ erhielten, und solche, die wegen Zugehörigkeit zu irgendeiner ehemaligen antifaschistischen Partei verhaftet, meist ohne Urteil in das Gefängnis geworfen und die dazu bestimmt waren, im KZ ihr Ende zu finden. Dies war die größte Gruppe und umfaßte Angehörige aller europäischen Nationen, selbst auch Spanier und Spanienkämpfer. Unter den politischen Häftlingen machten sich besonders die sogenannten Aktionshäftlinge bemerkbar, das waren Häftlinge, die am 22. August 1944 auf Grund der sehr bezeichnenden Gestapo-Parole „Gitter“ schlagartig im ganzen Reich verhaftet wurden und dann im KZ landeten. Es waren dies Angehörige aller möglichen Berufe, Klassen,

Konfessionen, Rassen, Nationen, also Antifaschisten, die einmal irgendwann oder irgendwo eine mehr oder minder wichtige politische Rolle gespielt hatten. Die große Verhaftungswelle war eine Folge des Attentatsversuches der deutschen Offiziere auf Hitler am 20. Juli 1944. Es wurde weder bei der Verhaftung noch später gefragt, ob der „Delinquent“ schuldig oder unschuldig sei, er mußte darauf gefaßt sein, sein Leben zu verlieren oder bis zum Kriegsende qualvoll hinter Mauern und Stacheldraht hinsiechen zu müssen. Viele fanden den martervollen Tod, viele verkümmerten geistig und körperlich. Überall, wohin man im Lager auch sehen konnte, Elend, Not, Hunger, Durst, Ungeziefer, Tränen, Seufzen und Stöhnen. In einer solchen Umwelt saßen wir einmal in einem dunklen Raum wie von ungefähr beisammen und besprachen die furchtbare Situation, in der wir uns befanden. „Ach“, sagte im Laufe der Gespräche ein Aktionshäftling, „wenn ich noch einmal das Glück habe, aus dieser Hölle hinauszukommen, ich werde mich nie mehr mit Politik beschäftigen, werde nur mehr meinem Berufe nachgehen, für meine Familie sorgen und allen

(Fortsetzung von Seite 9)

ist, der Verhaftung zu entgehen. Richte daher sofort einen Appell an unsere ausländischen Genossen und sage ihnen, daß wir in dieser verzweifelten Lage auf ihre Hilfe rechnen.“

Die Internationale Union der Sozialistischen Jugend hat diesen Appell an die Sozialisten der ganzen Welt weitergegeben. Die Sozialistische Jugend Österreichs hat mit Genehmigung des Parteivorstandes zu Weihnachten eine Sammlung für die spanischen Sozialisten eingeleitet. Der Appell an unsere Solidarität soll nicht ungehört verhallen. Nach Jahren der Unterdrückung muß es uns österreichische Sozialisten mit Freude erfüllen, daß wir es einmal sind, die helfen können, daß wir endlich wieder einmal geben können und nicht nehmen müssen!

Wir wissen, daß die österreichischen Arbeiter im Jahre 1950 ebenso vom Geist internationaler Solidarität durchdrungen sind wie jene ausländischen Genossen, die uns österreichische Sozialisten im Jahre 1934 unterstützten, als der Faschismus in Österreich triumphierte. Es genügt nicht, nur außerhalb Spaniens dem Faschismus die Straße zu versperren, man muß auch in Spanien selbst die

besten Voraussetzungen für den Kampf gegen den Faschismus schaffen. Materielle Hilfe ist unerlässlich, wenn der Kampf der spanischen Sozialisten mit Aussicht auf Erfolg weitergeführt werden soll.

Die Sammlung hat bisher 30.000 S gebracht.

Direkte Einzahlungen können noch auf das Postscheckkonto Nr. 194.460, Arbeiterbank, mit dem Stichwort „contra Franco“ vorgenommen werden. Auf neutralen Erlagscheinen ist im mittleren Teil (Rückseite) noch außer dem Kennwort die Nr. 6571 SJO zu vermerken. Sämtliche Sammelergebnisse werden in „Trotzdem“, der Zeitschrift der jungen Sozialisten, veröffentlicht.

CONTRA FRANCO HASTA LA VICTORIA!

Im Namen der sozialistischen Jugendinternationale und der Sozialistischen Jugend Spaniens danken wir dem Besitzer dieser Karte für den Betrag von

FÜNF SCHILLING

den er dem Kampf- und Hilfsfonds der spanischen Sozialisten gespendet hat

P. Strasser

Peter Strasser
Vorsitzender der Internationalen Union
der Sozialistischen Jugend
Wien 1, Teinfaltstraße 9

S. Martin Bay

Marilou Dal
Federacion de Juventudes socialistas
de España en el Exilio
Toulouse, 99, Rue du Taur

politischen Streitereien aus dem Wege gehen!“ Eine Weile Totenstille! Dann löste sich die Spannung, und ein Franzose sprang auf, schlug mit der Faust auf den Tisch und rief: „Das wäre Feigheit, Verrat und Sünde an dem Höchsten, für das wir bisher kämpften, an der Freiheit. Wenn alle dächten, so wie dieser Genosse da, ach, wohin kämen wir? Wieder könnte leicht eine faschistische Gruppe die Macht im Staate an sich reißen, wieder könnte sie — wenn es keinen Widerstand gäbe, den Staat erobern und wieder würden Millionen von Menschen zu Opfern neuer Gewalttaten.



Nein, nein. Wenn wir uns aus diesem Kerker befreien können, dann“, sagte er mit strahlenden Augen, „wollen wir erst recht politisch tätig sein, wollen die Massen aufklären über das, was im Staate, unter den Völkern und in der Welt vorgeht, wollen kämpfen mit allen Fasern unseres Herzens und des Geistes, damit wir unsere Völker und vor allem unsere Jugend vor dem Furchtbaren bewahren, das unsere Generation zu erdulden hatte.“ Seine Worte fanden begeisterten Widerhall. „Jetzt erst recht wollen wir kämpfen!“ Ein Aufpasser nahte. Die Sitzung, die für uns alle den Tod hätte bedeuten können, war jäh zu Ende.

Und noch einmal

„Ball in Rot!“

Wir wollten unseren Mitgliedern, ehemaligen Schutzbündlern, revolutionären Sozialisten und ehemaligen sozialistischen Häftlingen der KZ-Lager und Gefängnisse Gelegenheit geben, innerhalb unserer großen Familie, zusammen mit ihren Kameraden, die das gleiche schwere Los während der faschistischen Herrschaft zu ertragen hatten, einen heiteren und fröhlichen Abend zu verbringen, Freunde und Kameraden zu treffen und hiebei wenigstens einmal im Jahr an die schweren Sorgen des Alltags zu vergessen.

Es spielte die Kapelle Fred Clement (Telefunken-Kapelle), die über unseren Wunsch neben modernen Rhythmen vor allem die speziell wienerische Note betont hatte. Der Ball wurde durch das bekannte Ballett Hedy Pfundmaier mit dem Walzer „Sphärenklänge“ von Johann Strauß eröffnet. Als Solisten wirkten George Le-Dantu und Jutta Mogg mit.

Der Ball begann vorerst in den beiden großen Sälen des Kursalons. Ab 23 Uhr kam der dritte Saal hinzu. Während in den beiden ersten großen Sälen die Musik ohne Unterbrechung zum Tanz aufspielte, war der dritte Saal mehr der gemütlichen Stimmung ge-

widmet. Dort begann gleich nach Eröffnung die „Akademie um Mitternacht“, in welcher hervorragende Künstler und Künstlerinnen mitwirkten. Hermann Leopoldi, selbst ein ehemaliger Buchenwald-Häftling, brachte das von ihm komponierte „Buchenwald-Lied“ als Abschluß seiner Vorträge. Die Dekorationen in den Sälen stammten von Genossen Architekt Heinrich Vana.

Es war ein fröhlicher, heiterer und wirklich angenehmer Abend.

Ergänzungen

zum Statut des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus

Die Jahreshauptversammlung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus vom 4. und 5. März 1950 hat unter anderem auch Ergänzungen zum Statut beschlossen, die wir im folgenden abdrucken.

Zu § 9, Abs. 1, letzter Satz:

Der Hauptversammlung gehören ferner die Mitglieder des Vorstandes und der Kontrolle an.

Abs. 3, 1. Satz:

Die Hauptversammlung ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Teilnahmerechtigten anwesend ist. Die Beschlußfassung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit.

Abs. 4 (neu):

Die Einberufung der Hauptversammlung obliegt dem Vorstand. Er muß sie binnen vier Wochen einberufen, wenn dies die Kontrolle oder ein Viertel der Vorstandsmitglieder oder eine solche Anzahl von Landesverbänden und Bezirksgruppen verlangt, die berechtigt wäre, mindestens ein Viertel der Delegierten zu einer Hauptversammlung zu entsenden.

Zu § 10, anschließend:

Die für Wien gewählten Mitglieder bilden den engeren Vorstand. Der engere Vorstand und die für die Länder gewählten Mitglieder den Gesamtvorstand. Der engere Vorstand und der Gesamtvorstand ist bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte seiner Mitglieder beschlußfähig. Beide Organe fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit.

Zu § 12, anschließend:

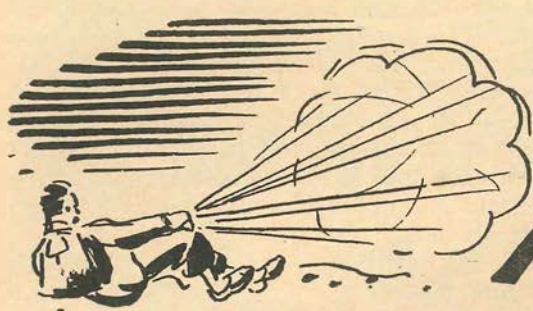
Je ein Mitglied wird von den beiden Streitteilen, das dritte vom Bundesvorstand bestellt. Die Beschlüsse der Schiedsgerichte sind endgültig, wenn sie einstimmig gefaßt werden. Kommt ein einstimmiger Beschluß nicht zustande, so werden sie endgültig durch die Kenntnisnahme seitens des Vorstandes. Stimmt derselbe nicht zu, so hat er ein anders zusammengesetztes Schiedsgericht einzusetzen, dessen Beschlüsse auf jeden Fall endgültig sind.

Es ist beabsichtigt, zu einem späteren Zeitpunkt diese Ergänzungen vielleicht auch als Nachtrag zu drucken, der im Mitgliedsbuch eingeklebt werden kann. Einstweilen jedoch wollen wir uns mit der Veröffentlichung in unserer Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ begnügen, die ja allen unseren Genossen zugeht.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer des „Sozialistischen Kämpfers“ haben folgende Genossen mitgearbeitet:

V. Stephen Benét / Ludwig Eldersch / Friedrich Flußmann / Ernst Hein / Edmund Holzfeind / Rosa Jochmann / Heinrich Kanolzer / Wilhelm Krell / Hermann Lackner / Josef Luitpold / Karl Mark / Erich Roß / Anton Schiller / Peter Strasser / Rudolf Trimmel / Georg Waldeck.



Einsatzgebiet **AACHEN**

Erlebnisbericht eines Widerstandskämpfers

1944, Kämpfe um Aachen. Von einem alliierten Stützpunkt in der Normandie verabschieden sich zwei Männer von ihren Kameraden, die zurückbleiben müssen. Heini und Friedl sind diesmal an der Reihe. Auftrag: Truppenteile, Waffengattungen, SS-Verbände und Stärke etwaiger Panzerverbände festzustellen. Heini geht in SS-Uniform, ich als Zivilist, das Funkgerät im Rucksack. Wir steigen in die Maschine, die uns in den Einsatzraum bringen soll; letzte Glückwünsche noch von den Kameraden, dann geht es los. Wird es klappen, werden wir durchkommen, was wird werden? All das geht in unseren Köpfen herum. Wir blicken auf die Karte. Tief unter uns heftiges Abwehrfeuer der Flak, doch ruhig zieht unsere Maschine dahin. Da leuchtet die rote Lampe auf: Fertigmachen zum Springen! Ein letzter Griff nach den Fallschirmgurten, der Ring sitzt, die Pistole im Stiefel. Heini springt, ich warte noch eine Minute, dann springe ich. Ich zähle bis 50, dann ziehe ich die Leine; der rasende Sturz wird abgefangen. Plötzlich unter mir ein silbriger Streifen. Ein Fluß, ein Bach? Nach unserer Karte ist es Geilenkirchen und dort ist ein Fluß. Ich habe Glück und komme darüber. Nach bangen Minuten lande ich auf einer Wiese. Schnell den Fallschirm zusammen und weg von der freien Fläche. Alles ist ruhig. Also geglückt. Was ist mit Heini? Wird er kommen? Da taucht schon eine Gestalt auf, ich ziehe meine Pistole, was unser Erkennungszeichen ist. Heini! Mir fällt ein Stein vom Herzen! Auch bei ihm ging alles gut. Wir gehen weiter; Häuser tauchen vor uns auf. Stehen dort Posten? Wir haben wieder Glück. Die Front befindet sich auf der anderen Seite. Auf unserer ist niemand. Zerschossene Häuser, Ruinen, Trümmer. Eine Katze streicht um unsere Beine. Wir gehen in das erstbeste Haus, das noch halbwegs ganz erscheint. Ein schöner Keller. Ich versuche Verbindung zu bekommen. Nach langem Suchen meldet sich die Stelle. Heini steht draußen auf Wache. Es gehen Menschen vorbei, doch niemand kommt herein.

Heini fragt den Begleiter eines Küchenwagens, der draußen vorbeikommt, was es vorne Neues gibt, und hört, daß der Ami immer wieder angreift, daß die Artillerie trommelt und daß alle schon den Krieg beendet haben wollen. Jeder hat schon lange keine Nachricht vom Zuhause. Wir bekommen von der Küche zu essen. Daß wir auch so nebenbei die Losung erfahren, ist ein Zufall, der uns noch nachher gute Dienste geleistet hat. In der Nacht haben wir noch sehr gut geschlafen. In der Frühe schauten wir uns die Gegend an. Ein Leutnant, den wir trafen,



führte uns sogar herum. Ich hatte vorher eine deutsche Uniform, die mir Heini irgendwie aufgetrieben hatte, angezogen. Ich war Oberfeldwebel einer Jägereinheit mit ordnungsmäßigem Soldbuch (mit ausgetauschtem Lichtbild) und hatte die Aufgabe, „meine Truppe, die als Ablöse gedacht war, einzuweisen“. Jedenfalls hatte ich Glück. Heini verabschiedete sich von mir und ging in einen anderen Abschnitt. Angeblich sollten dort SS-Panzer in Bereitstellung liegen. Ich sprach mit den Landsern, die allen möglichen Truppenteilen angehört hatten, ehe sie zu dieser Einheit kamen: Flieger, Flakler, Marineure, Kraftfahrer, Veterinäre usw. Mittlerweile war es wieder Abend geworden. Bei Tag hatte es noch einige Feuerüberfälle der Amerikaner ge-

Schutzbündler und RS

die noch nicht Mitglieder des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sind, melden sich in der nächsten Sprechstunde in ihrem Bezirk oder im Landessekretariat zum Beitritt an.

geben, die außer einigen Verwundeten sonst keinerlei Folgen hatten. Heini war noch immer nicht zurückgekommen und ich begann mir schon Sorgen um ihn zu machen. Bei meinem Kontrollanruf meldete ich, daß er noch nicht da sei, und bekam auch gleich den Befehl, mich nach Zurücklassung einer Nachricht für Heini durch die Linien zurückzuarbeiten, da mein Auftrag erfüllt sei. Für den nächsten Tag war eine größere Aktion geplant, bei der wir nicht erwischt werden sollten. Ich hinterlegte an unserem Treffpunkt die Nachricht, daß ich von meiner Truppe den Befehl erhalten hätte, zurückzukehren (Heini verstand mich schon),

und begab mich in die vorderste Linie. Dem Posten, der vorne lag, erklärte ich, daß ich als Spähtrupp mit Funk hinausginge, und schlich mich durch die Minen. Der Posten begleitete mich noch ein Stückchen und zeigte mir den Weg, den ich gehen sollte, wenn ich wieder zurückkehre. Nach einer Weile tauchten plötzlich aus dem Dunkel einige Gestalten auf. Es war ein amerikanischer Spähtrupp. Der Führer des Spähtrupps gab mir einen Mann mit, der mich glücklich wieder heimbrachte. Heini kam am nächsten Tag mit einem gefangenen SS-Offizier, den er im Niemandsland aufgestöbert hatte.

Die Heilfürsorge nach dem Opferfürsorgegesetz

Unter anderen Fürsorgemaßnahmen, die das Opferfürsorgegesetz den Inhabern einer Amtsbescheinigung gewährt, finden sich auch Bestimmungen über die Heilfürsorge. Zum § 12 des Opferfürsorgegesetzes*) sind mehrere Durchführungsbestimmungen erschienen, die Art und Umfang der zu gewährenden Leistungen regeln.

Den Inhabern einer Amtsbescheinigung haben die Gebietskrankenkassen für ihre Person im Erkrankungsfalle die gesetzlichen und satzungsmäßigen Leistungen für Pflichtversicherte zu gewähren, vorausgesetzt, daß sie nicht selbst auf Grund einer eigenen Erwerbstätigkeit einer gesetzlichen Krankenversicherung unterliegen oder freiwillig krankenversichert sind. Der Kreis der auf diese Leistungen anspruchsberechtigten Personen ist also auf die Inhaber einer Amtsbescheinigung eingeschränkt, während jene Opfer, die einen Opferausweis besitzen, auf die Leistungen der Heilfürsorge nach dem Opferfürsorgegesetz keinen Anspruch haben.

Die Inanspruchnahme der Heilfürsorgeleistungen ist auch auf die Person des Opfers beschränkt: abgeleitete Ansprüche — also für die Angehörigen des Opfers — bestehen, wie wir später sehen werden, nur unter bestimmten Voraussetzungen und bei Einhaltung bestimmter Vorschriften.

Die Inanspruchnahme der Leistungen ist nur im Falle einer Erkrankung möglich. Leistungen, auf die ein krankenversicherter Arbeiter oder Angestellter nach der Versicherungsordnung oder der Satzung Anspruch hat für Körperzustände, die nicht eine Erkrankung darstellen (zum Beispiel Wochenhilfe), werden nach dem Opferfürsorgegesetz nicht gewährt. Ansonsten haben aber die Inhaber einer Amtsbescheinigung alle gesetzlichen und satzungsmäßigen Leistungen in dem Umfang und in der Dauer zu erhalten, die einem in der Beschäftigung erkrankten Arbeiter oder Angestellten nach Gesetz und Satzung zustehen. Dabei erhalten die Opfer die satzungsmäßig vorgesehenen Höchstleistungen, also alle Leistungen einschließlich der satzungsgemäß vorgesehenen Mehrleistungen, jedoch mit der Einschränkung, daß Kranken- und Hausgeld an Rentenempfänger nach dem Opferfürsorgegesetz nicht zu zahlen ist.

Die Krankenkassen gewähren also den Opfern die Barleistungen nach der höchsten Lohnstufe, das ist derzeit die Lohnstufe 18 mit einem Krankengeld pro Tag von 17,50 S. Die Anspruchsdauer für das Krankengeld beträgt einheitlich 52 Wochen.

Ist ein Inhaber einer Amtsbescheinigung auf Grund eigener Erwerbstätigkeit von der gesetzlichen Krankenversicherungspflicht erfaßt oder ist er in der Sozialversicherung freiwillig versichert, dann gewährt die Krankenkasse, der er als Mitglied angehört, die ihm nach Gesetz und Satzung zustehenden Leistungen. Damit sind seine Ansprüche auf die Sachleistungen, Krankenpflege und ähnliches in der Regel befriedigt. Erhält er aber auf Grund seines Arbeitsverdienstes die Barleistungen nach einer geringeren Bemessungsgrundlage als der Lohnstufe 18, dann wird ihm der Unterschied auf die Leistun-

gen nach der höchsten Bemessungsgrundlage auf Grund des Opferfürsorgegesetzes ausgezahlt.

Ist ein Inhaber einer Amtsbescheinigung bei einer anderen als der Gebietskrankenkasse versicherungszuständig, dann wird die Differenz auf das Höchstmaß der Leistungen von dem zuständigen Träger der Krankenversicherung geleistet.

Personen, die eine Unterhaltsrente beziehen, scheiden, wie bereits erwähnt, aus dem Kreise jener Personen aus, denen Kranken- oder Hausgeld auf Grund des Opferfürsorgegesetzes zu gewähren ist. Vom Kranken- und Hausgeld an Opfer gemäß § 1. Abs. 1, lit d und e, das über die pflichtgemäßen Leistungen hinausgeht, ist aber die Opferrente in Abzug zu bringen. Diesen Opfern wird also die vom Bund gezahlte Opferrente vom Kranken- oder Hausgeld nach dem Opferfürsorgegesetz abgezogen.

Um die dem Gesetz entsprechende Gewährung von Kranken- oder Hausgeld sicherzustellen, wurden die Krankenkassen verpflichtet, vor der Gewährung dieser Leistungen beim Bundesministerium für soziale Verwaltung anzufragen, ob der Anspruchswerber eine Rente bezieht, wenn aus dem Begünstigungsheft nicht der Bezug einer solchen Rente ersichtlich ist. Diese Anfragen an das Bundesministerium für soziale Verwaltung mögen im Einzelfall unter Umständen eine gewisse Verzögerung in der Gewährung der Barleistungen mit sich bringen, sie sind aber unvermeidlich, um spätere Reklamationen, Beanstandungen und eventuelle Rückzahlungen zuviel erhaltenen Krankengeldes zu verhindern.

Die Krankenkassen und die Rentenversicherungsträger sowie die Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten sind beauftragt, die Inhaber von Amtsbescheinigungen, die dem Versichertenkreis dieser Versicherungsträger angehören, bei der Einweisung in Heilanstalten vor andere Versicherte oder Anspruchsberechtigte zu reihen. Die Gebietskrankenkassen haben außerdem die nicht krankenversicherten Inhaber von Amtsbescheinigungen bei der Einweisung in Heilanstalten bevorzugt zu behandeln und Vorsorge zu treffen, daß bis zu drei Prozent des Heilanstaltenbelages für diese Personen zur Verfügung stehen. Die Einweisung solcher bevorzugter Bewerber erfolgt durch die Gebietskrankenkassen auf Grund von Anträgen der Ämter der Landesregierungen. Die Kassen können aber über den Belag anderweitig verfügen, wenn solche Anträge nicht vorliegen.

An Familienangehörige des Opfers kann in berücksichtigungswürdigen Fällen Familienhilfe gewährt werden; ebenso kann freiwillig krankenversicherten Opfern das Kranken- und Hausgeld nach dem Opferfürsorgegesetz bezahlt werden. Die Zuerkennung dieser Leistung erfolgt durch die Opferfürsorgekommission beim Bundesministerium für soziale Verwaltung. Unter Familienangehörigen, die nach dieser Bestimmung Anspruch auf Leistungen erheben, sind nur solche Angehörige zu verstehen, die nach den sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften der betreffenden Versicherungsträger als anspruchsberechtigte Familienangehörige anzusehen sind. Auch der Leistungsumfang für die Familienangehörigen entspricht den Leistungen, die die betreffenden Ver-

*) Vergleiche „Der sozialistische Kämpfer“ Nr. 5/6, September/Oktober 1949, S. 6.

Da diese Menschen im Jahre 1946 aus dem Dienste entlassen worden sind, kann es sich nur um ehemals belastete Nazi handeln, denn die „kleinen Mitläufer“ wurden ja nie entlassen; die meisten verblieben überhaupt auf ihrem Dienstposten. Nur wenige wurden auf andere Posten versetzt. Das waren hauptsächlich solche, die unter dem Naziregime durch politische Protektion höhere Posten erreichten.

Ich wünschte mir nur, daß Sie solche Briefe, wie den des Genossen aus der Nr. 1 unserer Zeitschrift zu vielen Hunderten erhalten mögen, und schließe mit Freundschaft!

A. J., Wien

Geld nur für Nazi-Trabanten?!

Liebe Genossen!

Wien, 12. Februar 1950

„Ein Brief steht zur Diskussion“, heißt es auf Seite 11 in der letzten Nummer unserer Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“. Zu diesem Schreiben des Genossen aus Bad Aussee kann ich nur voll und ganz meine Zustimmung geben.

Ich stand seit Oktober 1914 bis zu meiner Verhaftung durch die Gestapo im Jahre 1939 auf verantwortungsvollem Posten im Staatsdienste. Im November 1943 wurde ich vom Volksgericht, Senat 5, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 4½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Jahre 1942 jedoch mußte ich schon zur Kenntnis nehmen, daß ich fristlos aus dem Staatsdienst entlassen sei. Meine Frau, von allen verlassen und herumgestoßen von Verhör zu Verhör, kam in die Nervenklinik.

Nun kam das Jahr 1945, die „Wiedergutmachung“! Ja, eingestellt wurde ich sofort, aber gleichzeitig damit erhielt ich auch ein Begleitschreiben, in dem mir mitgeteilt wurde, daß der finanziellen Seite derzeit nicht Rechnung getragen werden könne. Als disziplinierter Genosse war ich damit einverstanden, mit der inneren Überzeugung, der Staat habe eben kein Geld.

Was mußten wir aber in den folgenden Jahren erleben? Für die Schuldigen und deren Trabanten standen Unsummen an guten Schillingen für ihre Rehabilitation zur Verfügung — und wir hatten das Nachsehen bis heute. Ich habe es bis jetzt unterlassen, genaue Beträge an Rückerstattung bekanntzugeben, um nicht als Störenfried zu gelten; aber ich werde diese selbstverständlich auch veröffentlichten, wenn unseren berechtigten Forderungen kein Gehör geschenkt werden sollte.

Freundschaft!

R. R., Wien

Warum „Ball in Rot“?

„Liebe Genossen!

Ich bin ein aufmerksamer Leser unserer Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“. In der letzten Nummer, welche ausgezeichnet gelungen ist, ist die Ankündigung eines »Balles in Rot«. Ich glaube, daß unsere gesamte Partei die propagandistische Wirkung dieser Bälle als »repräsentative Gesellschaftsereignisse« weit überschätzt. Ich fürchte, wir werden sehr bald, vor allem in den Kreisen der Arbeitslosen, eine sehr empfindlich kritische Reaktion gegen diese Veranstaltungen erleben, deren Begründung in keiner Weise von ihnen zur Kenntnis genommen wird. Besonders erstaunt bin ich aber, daß der »Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus« nun auch einen solchen Ball beschlossen hat. Ich würde sehr dankbar sein, wenn die Notwendigkeit dieser Veranstaltung in einer der nächsten Nummern uns, den Mitgliedern und Lesern, erklärt werden würde.

Euer

A. T., Wien“

Wir danken für diesen Brief ganz besonders.

Warum also „Ball in Rot“? Warum veranstaltet der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus einen Ball? Ganz sicher nicht aus Gründen eines „repräsentativen Gesellschaftsereignisses“ oder aus der Sucht, Feste der bürgerlichen Gesellschaft nachzuahmen.

Wir halten heute schon fünf Jahre nach der Befreiung. Während dieser fünf Jahre sind wir sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, wir, die in den Kerkern und KZ-Lagern des Faschismus und Nationalsozialismus geschmachet haben, in jedem Jahre aus verschiedenen Anlässen wiederholt in Versammlungen und Kundgebungen zusammengekommen. Immer jedoch war es — und wie konnte es anders gewesen sein — ein ernster oder trauriger Anlaß, der uns zusammengeführt hat. Letzten Endes aber geht ja das Leben den normalen Lauf, und darum muß der Mensch, möge er noch so traurigen und ersten Erinnerungen nachhängen, auch einmal heiter sein können.

Wir haben nachgedacht, in welcher Form ein solches geselliges Beisammensein erfolgen soll. In einer heiteren Akademie wäre dies nicht möglich, weil man an seinen Sitz oder an seinen Platz gebunden ist. Nach reiflicher Erwägung kam also nur die Form einer großen Geselligkeitsunterhaltung mit Tanz in Frage.

Warum sollte man eine solche Veranstaltung nicht gleich Ball nennen, um sie von einem „Kränzchen“ oder von einem „Geselligen Abend“ zu unterscheiden? Letzten Endes soll sie ja nur einmal im Jahr stattfinden. Wenn wir die Veranstaltung „Ball in Rot“ genannt haben, so scheint uns das eine einleuchtende symbolische Bezeichnung.

Wir hoffen, lieber Genosse A. T., daß du uns die Freude gemacht hast, beim „Ball in Rot“ am 3. März 1950 unser Ehrengast zu sein.

Unser Ball hat sich durch sein Niveau und durch eine gewisse Note von anderen Bällen unterschieden. Darum „Ball in Rot“!

Aus dem Wiener Landesverband

Unsere Februargedenkfeier

Es war bereits dunkel, als nach der Trauerzeremonie für Altbürgermeister Seitz viele hunderte Genossen und Genossinnen sich zum Mahnmal auf den Zentralfriedhof begaben. Das Mahnmal war von rot drapierten Pylonen umgeben. Hell leuchtete das Feuer der Opferschalen. An der Spitze des Zuges befanden sich die Mitglieder des Parteivorstandes und die Vorstandsmitglieder des Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Nach der Niederlegung der Kränze sang ein Chor der Sozialistischen Jugend „Unsterbliche Opfer“ und dann hielt Genosse Karl Maisel eine tief empfundene Gedenkrede. Er gedachte der Opfer des 12. Februar 1934. Die Opfer des Februar waren die Einleitung zum großen Massensterben. Millionen von Gräbern in der ganzen Welt sind Zeugen, wohin Gewaltherrschaft und Willkür führen. Zum Schluß seiner Ausführungen gelobte er, den Gefallenen stets ein ehrendes Andenken zu bewahren und den Lebensunterhalt der Hinterbliebenen der Gefallenen zu gewährleisten. Nach Genossen Maisel gedachte der gewesene Schutzbundkommandant des Reumannhofes, Genosse Emmerich Sailer — der selbst zum Tode verurteilt und erst im letzten Augenblick zu lebenslänglichem Kerker begnadigt worden war —, mit kurzen Worten der Gefallenen, gelobte ihnen unverbrüchliche Treue und gab die Erklärung ab, daß die Freiheitskämpfer bereitstehen, jederzeit gegen jede antidemokratische Richtung und den Neofaschismus zu kämpfen.

Das „Lied der Arbeit“ und die „Internationale“ beschlossen die ernste und würdige Feierstunde.

Die Bezirke berichten:

Leopoldstadt:

Die Jahresversammlung der Bezirksgruppe Leopoldstadt fand am 20. Februar 1950 statt. Genosse Hikker gedachte einleitend der verstorbenen Mitglieder des Bundes, insbesondere des Genossen Karl Seitz, und gab folgende Tagesordnung bekannt:

sicherungsträger ihren aus der Versicherung anspruchsberechtigten Familienangehörigen nach Gesetz und Satzung gewähren.

Die Familienangehörigen von Opfern müssen aber vor Inanspruchnahme der Leistungen der Familienhilfe die Bewilligung der Opferfürsorgekommission beim Bundesministerium für soziale Verwaltung einholen. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung stellt dann eine Heilfürsorgeanweisung aus, mit der die zuständige Krankenkasse beauftragt wird, die Leistungen an diese Angehörigen zu erbringen. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wurden aber die Gebietskrankenkassen ermächtigt, an die Familienangehörigen von Opfern, die eine ungekürzte Unterhaltsrente beziehen, Familienhilfe im Ausmaß der satzungsmäßigen Leistungen ohne vorherige Einholung einer Heilfürsorgeanweisung zu gewähren. Voraussetzung für das Wirksamwerden dieser Begünstigung ist aber, daß sich die zuständige Gebietskrankenkasse vor jeder Gewährung von Familienhilfe durch Einsichtnahme in das Begünstigungsheft der Amtsbescheinigung und in den Rentenbescheid des Opfers überzeugt, daß das Opfer Bezieher einer Unterhaltsrente ist. Selbstverständlich müssen auch die Personaldokumente über die Angehörigenschaft des erkrankten Familienmitgliedes vorgelegt werden.

Durch diese Bestimmungen sind die Opfer und deren Angehörige im wesentlichen den in Beschäftigung stehenden Arbeitern und Angestellten hinsichtlich des Versicherungsschutzes im Erkrankungsfall gleichgestellt. Darüber hinaus kann aber die Opferfürsorgekommission in Einzelfällen den Umfang und die Dauer der Heilfürsorge über die satzungsmäßigen Höchstleistungen der Krankenkasse hinaus erweitern, wenn hiedurch das erstrebte Ziel der Heilfürsorge erreicht werden kann. Solche Gesuche sind, mit den entsprechenden Unterlagen versehen, beim zuständigen Amte der Landesregierung einzubringen. Dieses holt ein amtsärztliches Gutachten ein und legt dann das Gesuch dem Bundesministerium für soziale Verwaltung vor, dem im Falle der Bewilligung durch die Opferfürsorgekommission die Ausstellung der Heilfürsorgeanweisung und damit die Beauftragung der zuständigen Krankenkasse zur Gewährung der Leistungen zukommt.

Die Kosten dieser Heilfürsorge werden den Krankenkassen durch den Bund erstattet. Die Krankenkassen leisten also diese Heilfürsorge im Auftrag und für Rechnung des Bundes; dem Bundesministerium für soziale Verwaltung ist daher ein weitgehendes Verordnungsrecht hinsichtlich der Heilfürsorgeleistungen nach dem Opferfürsorgegesetz und hinsichtlich der Abrechnung der Kosten eingeräumt.



Aus der Budgetdebatte im Parlament

Unser Genosse Probst behandelte im Laufe der Budgetdebatte*) auch das Problem der Wiedergutmachung für die politisch Verfolgten und KZler, denen ein Schadenersatz in größerem Ausmaße und auf gesetzlicher Grundlage gesichert werden muß. Notwendig ist ein Gesetz für den Schadenersatz an öffentlich Angestellte, in das auch die von 1933 bis 1938 Geschädigten einzubeziehen wären. Es ist nicht zu verstehen, daß sich heute die gewesenen Nazi als die Verfolgten hinstellen und Schadenersatz für die Zeit seit 1945 verlangen!

Daß ein solches Gesetz bald Wirklichkeit werde, dafür werden unsere Genossen im Parlament sorgen!

*) Vgl. auch „Arbeiter-Zeitung“ vom Samstag, dem 18. Februar 1950.

Man schreibt uns!

Wir antworten!

Ein Eisenbahner meldet sich zu Wort

Werte Genossen!

Zu dem Arikel in der Nr. 1 des Sozialistischen Kämpfers, „Ein Brief steht zur Diskussion“, gestatten Sie mir, einige Worte zu sagen:

Als wir im Jahre 1945 aus den Kerkern und Konzentrationslagern des Hitler-Faschismus nach Hause zurückkehrten, waren wir froh, daß wir unser Leben behalten hatten, daß wir mit unseren Frauen und Kindern wieder zusammensein konnten und daß unser Ziel, weswegen wir ja in die Konzentrationslager mußten — unser Todfeind, der Faschismus, als Staatsmacht vernichtet —, verwirklicht war.

Obwohl unsere materielle Lage oft sehr traurig war — wie viele von uns hatten durch den Krieg Hab und Gut verloren —, erhoben wir keine Forderung auf Wiedergutmachung, sondern gingen an unsere Arbeitsplätze, um beim Wiederaufbau Österreichs mitzuwirken.

Der Grund, warum wir uns gegen den Hitler-Faschismus aufgelehnt hatten und dafür in die Konzentrationslager wanderten, war ja nicht der, unsere materielle Lage zu bessern, sondern der Ausdruck unserer Empörung gegen die Barbarei und die Gewaltherrschaft des Dritten Reiches.

Zum Unterschied von den Nazi, deren erste Tat nach der gewaltsamen Besetzung Österreichs die „Arisierung Österreichs“ war.

Als aber vor einigen Monaten als Folge der Amnestie (oder ist die Amnestie deswegen gemacht worden?) eine Wiedergutmachung für die Nazi begann, gibt es seit dieser Zeit auch von unserer Seite „Forderungen“!

Wenn der Staat viele Millionen Schilling für die Nachzahlung an ehemalige Nazi ausgibt (noch dazu heute in Schillingen!) und dabei sehr, sehr großzügig vorgeht, so ist es auch an der Zeit, an eine Wiedergutmachung für jene zu denken, die durch ihre Verfolgungen von seiten der Nazi schweren materiellen Schaden erlitten haben. Ergänzend will ich erwähnen, daß ich Eisenbahner, also öffentlich Angestellter, bin und das Gesagte nur von meinem Standpunkt aus gesehen gilt.

Als Illustration einer ehemaligen Naziwiedergutmachung im Jahre 1950 diene die Abschrift einer Verlautbarung, veröffentlicht im

Amtsblatt der Bundesbahndirektion Wien

1. Stück vom 31. Jänner 1950

Aufhebungen von auf Grund des § 14 des Verbotsgesetzes 1945 erfolgten Entlassungen und Wiederinstandnahmen mit Wirkung vom 18. Februar 1947.

(Nun folgen die Namen der „Wiedergutmachten“ und schließlich das Datum der Verlautbarung ihrer Entlassung.)

Amtsblatt, 28. Stück aus 1946.

1. Wahl des Wahlkomitees.
2. Berichte.
3. Neuwahl der Bezirksleitung.
4. Referat des Genossen Franz Heigelmayr.
5. Eventuelles.

In das Wahlkomitee wurden die Genossen Kleinedler, Kriß und Weiger gewählt.

Nach Verlesen und Annahme des Protokolls der Gründungsversammlung vom 5. Mai 1949, berichtete Genosse Hikker über die Tätigkeit der Bezirksgruppe. Unsere Bezirksgruppe nahm an folgenden Veranstaltungen des Bundes teil: Am 17. Mai an der Gedenkfeier des Aufstandes des Warschauer Gettos in der Königseggasse, am 17. Juli an der Gedenkfeier auf der Predigtstuhlwiese, am 3. September an dem Fackelzug anlässlich der Geburtstagsfeier des Genossen Karl Seitz in Döbling, am 31. Oktober an der Feier auf dem Zentralfriedhof, am 16. Dezember auf dem Ottakringer Friedhof am Grabe der Genossin Hilde Krones, am 11. Februar am Zentralfriedhof beim Mahnmahl und am 12. Februar im Volkstheater an der Gedenkfeier. Genosse Coudek brachte den Bericht des Opferfürsorgereferates. Das Referat betreut 410 Personen, davon sind 248 Parteimitglieder. Es wurden 102 Sprechstage abgehalten, die durchschnittlich von 16 Personen besucht waren. Genosse Coudek bedankte sich für die Hilfe der Genossinnen Weiß und Strudl.

Genosse Koldert brachte den Kassenbericht und bedankte sich für die Hilfe, die der Bezirk unserer Gruppe angedeihen ließ.

Genosse Decker beantragte, daß zu den 4 S des Mitgliedsbeitrages die Mitglieder jährlich noch 1 S bezahlen. Genosse Müller beantragte die Erhöhung auf 2 S. Auch Genosse Weiß sen. war der Ansicht, daß man im Jahre einen erhöhten Beitrag von 2 S einheben sollte. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Müller-Weiß einstimmig angenommen. Die Mitglieder sollen auch schriftlich davon verständigt werden.

Für das Wahlkomitee brachte Genosse Kleinedler den Wahlvorschlag:

Obmann: Genosse Fritz Coudek.
Obmannstellvertreter: Genosse Heinrich Hikker.
Kassier: Genossin Elisabeth Strudl.
Schriftführer: Genossin Christine Weiß.
Beisitzer: Genosse Alfred Koldert.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. In die Kontrolle wurden die Genossen Stanislaus Kriß und Gustav Weiger gewählt.

Genosse Hikker erteilte nun dem Genossen Franz Heigelmayr das Wort zu seinem Referat „Gibt es einen Neofaschismus?“ Der Referent stellte die Frage, ob es einen Neofaschismus gäbe. Neofaschisten sind weder die Nazi noch die Klerikofaschisten. Sie sind die Alten geblieben, wir kennen sie alle sehr gut. Ob Raab oder Dr. Margaretha oder Stüber — uns sind sie gut in Erinnerung geblieben. Die Nazi im VdU sind für uns gar nicht so neu. Aber jetzt ist ein anderer Gegner erstanden, den man Neofaschismus nennen kann. Es ist der Kommunismus mit seiner Verbindung nach Moskau. Wir glaubten früher alle, daß es im Sowjetland wirklich einen Sozialismus gäbe und waren bitter enttäuscht. Die Spanienkämpfer, die für die Freiheit gekämpft haben, sind heute in Konzentrationslagern, und es sterben dort heute wieder freiheitsliebende Menschen. Wir sozialistischen Freiheitskämpfer haben die Pflicht, für die Freiheit zu kämpfen, wir müssen auch die Jungen dafür zu gewinnen suchen. Wir dürfen die Zeiten des Faschismus nicht vergessen. Wir müssen uns jetzt schon für die kommenden Wahlen vorbereiten.

Lebhafter Beifall dankte dem Referenten.

Genossin Lederer sprach davon, das der Antisemitismus sich wieder gewaltig rege und daß leider auch unter unseren Genossen bis hinauf der Antisemitismus nicht ausgestorben sei. Eine der Hauptaufgaben des Bundes wäre es, durch Vorträge und Schulungskurse gegen diese Erscheinungen zu kämpfen. Die Gewerkschaften sollen gegen die Kommunisten kämpfen, die durch demagogische Propaganda Unruhe stiften wollen.

Genosse Decker beantragte, junge Genossen aufzunehmen, um einen Schutzbund zu bilden.

Genosse Playl sagte, nicht nur der Schutzbund solle der Prügelknabe sein, sondern die ganze Partei muß für die Freiheit eintreten.

Genosse Heigelmayr erklärte in seinem Schlußwort, daß man den jungen Genossen Vertrauen entgegenbringen und sie mit Freiheitsgedanken vertraut machen müsse.

Landstraße:

Die Bezirksgruppe Landstraße hielt die Jahresversammlung am 8. Februar 1950 ab. Der neugewählte Bezirksvorstand setzt sich aus folgenden Genossen zusammen:

1. Obmann: Genosse Franz Adelpoller.
2. Obmann: Genossin Barbara Werner.
Schriftführer: Genosse Otto Kopetzky.
Kassier: Genosse Richard Werner.
Opferfürsorgereferat: Genossin Frieda Nödl.
Judenvertretung: Genosse Arnold Löwy.
Kontrolle: Die Genossen Ignaz Altmar, Otto Kopetzky.

Bei der Jahresversammlung waren 106 Mitglieder anwesend, das Referat hielt Genosse Adelpoller.

Mariahilf:

Die Bezirksgruppe Mariahilf des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hielt am 16. Februar 1950 die Jahresversammlung ab.

Der Vorsitzende Genosse Karl Rauscher begrüßte die Anwesenden sowie den Referenten Genossen Robert Blau und gab die Tagesordnung bekannt. Da gegen diese kein Einwand erhoben wurde, erstattete der bisherige Obmann der Bezirks-

gruppe, Genosse G. Fischer, den Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung. Der Bericht des Genossen Fischer wurde zur Diskussion gestellt; da sich jedoch kein Diskussionsredner meldete, wurde das Wort der Kontrolle erteilt, welche an Stelle des erkrankten Kassiers die Berichterstattung übernommen hatte. Genosse Dr. F. Löwner erstattete den Bericht der Kontrolle. Er stellte den Antrag auf Entlastung des scheidenden Ausschusses. Nach einstimmiger Annahme dieses Vorschlages — gegen keine Stimmenthaltung — erstattete Genosse Hugo Großmann für das Wahlkomitee den Wahlvorschlag:

1. Obmann: Genosse G. Fischer.
2. Obmann: Genosse Karl Rauscher.
Schriftführer: Genosse Walter Kraus.
Kontrolle: Genosse Dr. Franz Löwner.
Kassier: Genosse Otto Matzal.

Der Vorsitzende des Wahlkomitees, Genosse Großmann, brachte den Wahlvorschlag für den 1. Obmann gesondert zur Abstimmung. Nach einstimmiger Annahme dieses Vorschlages — gegen keine Stimmenthaltung — wurde die Liste der übrigen Genossen en bloc abgestimmt und ebenfalls einstimmig angenommen. Genosse Fischer dankte für die Wahl und erteilte dem Referenten Genossen Robert Blau das Wort zu seinem Referat über Opferfürsorge.

Das Referat des Genossen Blau, welches über eine Stunde dauerte, wurde von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Nach Dankesworten an den Referenten erteilte der Vorsitzende dem zweiten Referenten, Genossen Bruno Marek, das Wort. Genosse Marek sprach über die Auswirkungen des Antisemitismus und Neofaschismus und streifte die aktuellen Fragen der Tagespolitik. Der Vorsitzende dankte dem Genossen Marek für seine inhaltsreichen Ausführungen und kam nun zum letzten Punkt der Tagesordnung: Allfälliges. Da zu diesem Punkt keine Wortmeldung vorlag, schloß der Vorsitzende — nachdem noch Genosse G. Fischer die Versammelten aufgefordert hatte, das Abzeichen des Bundes zu erwerben und zu tragen — mit einem „Freundschaft!“ die Versammlung.

Alsergrund:

Bei der am 16. Februar 1950 im Saale des Thuryhofes abgehaltenen Generalversammlung der Bezirksgruppe Alsergrund wurden folgende Genossen gewählt:

1. Obmann: Genosse Josef Kubiczek.
2. Obmann: Genosse Max Altmann.
Kassier: Genosse Johann Platz.
Schriftführer und Katasterführer: Genosse Karl Perl.
Kontrolle: Die Genossen Richard Friedl, Leopold Brunnler.
Beisitzer: Genossin Josefine Mayer.

Delegierte zur Jahreskonferenz des Wiener Landesverbandes: Genosse Max Altmann, Genosse Johann Platz, Genosse Karl Perl, Genosse Richard Friedl, Genosse Leopold Brunnler, Genossin Josefine Mayer, Genossin Marie Weisel, Genosse Theodor Groß, Genosse Mörzinger. Genosse Josef Kubiczek ist Mitglied des Landesverbandes und damit delegiert.

Delegierte zur Jahreskonferenz des Bundesverbandes: Die Genossen Josef Kubiczek, Max Altmann, Johann Platz, Karl Perl, Richard Friedl.

Favoriten:

Bei der Jahresversammlung, am 20. Februar 1950, waren 125 Mitglieder anwesend. Genosse Otto Probst erläuterte kurz die Stellung unseres Bundes zur Partei.

Für das Wahlkomitee wurden folgende Genossen vorgeschlagen: Hans Grassl, Josef Thuchor und A. Doufer. Die Neuwahl ergab folgende Zusammensetzung des Ausschusses:

1. Obmann: Genosse Hans Schiller
2. Obmann: Genosse Franz Koci
Kassier: Genosse Fritz Bohac
Schriftführer: Genosse Rudolf Jawurek
Katasterführer: Genosse Hans Schulz
Opferfürsorgereferat: Genosse Karl Milota
Kontrolle: Die Genossen Rudolf Kleindel und Max Procnjar.
Beisitzer: Die Genossen Marie Kaniak und Adolf Gutmann.

Der derzeitige Mitgliederstand der Bezirksgruppe weist 233 Genossen und Genossinnen auf.

Nach Schluß der Versammlung wurde der Film „Der Ruf“ vorgeführt.

Floridsdorf:

Die Bezirksgruppe Floridsdorf des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hielt am 6. Februar 1950 ihre Jahresversammlung ab, die sehr gut besucht war. Nach Begrüßung der Anwesenden, insbesondere der Referentin Nationalrätin Genossin Rosa Jochmann, hielt der Obmann Genosse Karl Blei dem A'tbürgermeister Genossen Karl Seitz einen von den Anwesenden tief empfundenen Nachruf. Anschließend gedachte er auch der im abgelassenen Jahr verstorbenen Mitglieder. Besonders hart traf die Bezirksgruppe der Verlust der Genossin Agnes Schmid, die eine treue und eifrige Mitarbeiterin in der Bezirksleitung und Delegierte der 16. Sektion war. Genosse Blei gelobte, die Dahingeschiedenen dadurch zu ehren, daß wir in ihrem Sinne weiterarbeiten und kämpfen wollen für die große Idee des Sozialismus.

Nun wurde in die Tagesordnung eingegangen und Genosse Karl Mach verlas das Protokoll der Gründungsversammlung vom 24. Mai 1949. Genosse Blei brachte sodann den Bericht über die Tätigkeit der Bezirksgruppe im abgelassenen Jahr, dem sich der Kassier und Karteiführer Genosse Karl Bühl mit seinem Bericht anschloß. Für die Kontrolle berichtete Genosse Ferdinand Huschka. Er stellte den Antrag, dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen. Dieser Antrag wurde von der Versammlung angenommen.

In das Wahlkomitee wurden die Genossen Huschka, Walz und die Genossin Beisel gewählt. Dann ergriff Genossin Rosa Jochmann das Wort zu ihrem Referat „Die politische Lage und das Recht der Freiheitskämpfer in der Zukunft“. Sie sprach über die Leiden der Verfolgten und ihre Nöte, über die Entstehung unseres Bundes sowie des Opferfürsorgengesetzes und dessen Entwicklung bis zum heutigen Tage. Sie zeigte auch auf, welche Arbeiten noch in der kommenden Zeit gemacht werden müssen, um den politisch Verfolgten wirklich zu helfen. Ihre vortrefflichen und aufklärenden Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf dankte Genosse Blei der Referentin und betonte, daß sie uns allen aus dem Herzen gesprochen habe.

Nun brachte Genosse Huschka den Vorschlag des Wahlkomitees für die Bezirksleitung:

1. Obmann: Genosse Karl Blei.
2. Obmann: Genosse Viktor Marsal.
- Kassier und Karteiführer: Genosse Karl Bübl.
- Schriftführer: Genosse Karl Mach.
- Opferfürsorgereferent: Genosse Karl Blei.

Die vorgeschlagenen Genossen wurden von der Versammlung ohne Gegenstimmen gewählt.

Für die Kontrolle wurden aus dem Plenum die Genossen Rudolf Sturm, Ferdinand Huschka und die Genossin Bérthold vorgeschlagen und gewählt.

Genosse Blei bedankte sich hierauf bei der Versammlung für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und betonte, daß er seine ganze Kraft einsetzen werde, um die Interessen der Mitglieder zu vertreten.

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

Am 15. Februar 1950 fand in Wiener Neustadt die erste Mitgliederversammlung für den Bezirk Wiener Neustadt statt. Nach dem Bericht über den ganzen Fragenkomplex seit dem Jahre 1945, welchen Genosse Schiller erstattete, wurde die an anderer Stelle veröffentlichte Resolution einhellig beschlossen und der Landesleitung übermittelt.

Bei dieser Mitgliederversammlung wurde auch ein kleiner Ausschuß gewählt, der sich aus folgenden Personen zusammensetzt: Obmann: Genosse Schiller; Mitglieder: die Genossen Schramm, Miksch, Knöttig, Siebler.

Zuschriften, die unsere Bezirksgruppe betreffen, sind an den Genossen Anton Schiller, Wiener Neustadt, Freiligrathgasse 2, zu richten.

Oberösterreich

Im Linzer Parteihaus der SPÖ wurde Samstag, den 28. Jänner 1950, die Landeskonferenz unseres Bundes abgehalten. Neben den zahlreich erschienenen Bezirksgruppenvertretern aus Oberösterreich konnte Landesobmann Genosse Labek auch das Bundesvorstandsmitglied Landtagsabgeordneten Genossen Heigelmayr aus Wien begrüßen. Die reichhaltige Tagesordnung wurde nach einer von den Anwesenden stehend angehörten Totenehrung und nach der Verlesung des Protokolls der letzten Landeskonferenz mit einem ausführlichen und lehrreichen Bericht des Landesobmannes Genossen Labek eingeleitet. Da Genosse Labek auch Opferfürsorgereferent des Landes ist, wurden im Anschluß an seine Ausführungen zahlreiche Anfragen und Beschwerden vorgetragen. Genosse Labek konnte in den meisten Fällen zufriedenstellende Antworten geben, übernahm es aber, über einen Teil des Vorgebrachten auf der kommenden Bundeshauptversammlung zu berichten. Im besonderen wurde einhellig gefordert, die Hauptversammlung möge beschließen, die Parteivertretung aufzufordern, daß die Mitgliedschaft bei der SPÖ mit der Zugehörigkeit zu dem unparteiisch getarnten kommunistischen KZ-Verband unvereinbar ist.

Der anschließende Vortrag des Genossen Heigelmayr wurde mit Zustimmung und Befriedigung zur Kenntnis genommen. Besonderes Interesse erweckte der ausführliche Bericht des Redners über die stattgefundene Aussprache des Bundesvorstandes mit dem Justizminister Genossen Dr. Tschadek. Die Landeskonferenz hat beschlossen, dem Genossen Tschadek Freundschaftsgrüße und den Dank der Konferenz für sein Eintreten für die sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus zu entbieten.

Die während der Beratungen eingetroffenen Genossen Bundesvorstandsmitglied Ernst Hein aus Wien und der im Februar 1934 zum Tode verurteilte Freiheitskämpfer Emmerich Sailer aus Wien wurden herzlichst begrüßt.

Abschließend wurde der sich tatkräftig und jederzeit einsatzbereite bisherige Landesobmann Genosse Labek unter lebhaftem Beifall aller Delegierten wieder zum Landesobmann für Oberösterreich einstimmig gewählt.

Gründung einer Bezirksgruppe in Braunau am Inn

Unter Vorsitz des Nationalrates Genossen Fageth wurde am 29. Jänner 1950 in Braunau am Inn (O.-Ö.) in Anwesenheit zahlreich erscheinender sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus die Bezirksgruppe unseres Bundes gegründet. Der bisher provisorisch die Geschäfte führende Lokalsekretär der SPÖ, Genosse Buttinger, brachte einleitend einen kurzen, aber sehr inhaltsreichen Bericht über seine bisher im Einvernehmen mit Genossen Fageth und der oberösterreichischen Landesorganisation unseres Bundes geleisteten Vorarbeit.

Anschließend hielt Bundesvorstandsmitglied Landtagsabgeordneter Genosse Heigelmayr aus Wien ein ausführliches Referat. Sein geschichtlicher Rückblick, seine Ausführungen über die Entstehung des Bundes und die ausführliche Besprechung der bisher geleisteten und der noch zu erfüllenden Aufgaben wurden mit großem Interesse angehört. Besonderer Beifall lohnte den Redner bei seinen Worten: „Ein starker Bund in einer starken und mächtigen Sozialistischen Partei ist der einzige und wahre Garant einer die Menschenwürde achtenden Demokratie und einer sozial-gerechten Wiedergutmachung für die Opfer des Faschismus der Jahre 1934 bis 1945.“ In der sich an den Vortrag anschließenden Aussprache wurde im besonderen an der sich unparteiisch tannenden, für die Kommunisten werbenden Taktik des neuen KZ-Verbandes Kritik geübt und einhellig festgestellt, daß derselbe durch die Entscheidung der Wähler am 9. Oktober 1949 politisch zur Machtlosigkeit verurteilt wurde.

Als Obmann der neugegründeten Bezirksgruppe wurde Genosse Besterreimer, zu seinem Stellvertreter Nationalrat Genosse Fageth einstimmig gewählt. Genosse Besterreimer wird seine Funktion als Obmann in der Bezirksgruppe des KZ-Verbandes zurücklegen und seine ganze Kraft daransetzen, alle sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus in unserem Bund zu vereinigen.

Salzburg

Die Landeskonferenz wurde Samstag, den 11. Februar 1950, um 8.30 Uhr im Arbeiterheim abgehalten.

Zuerst gab der provisorische Obmann Genosse Pongruber einen Bericht über die Arbeit im abgelaufenen Jahr. Die Landesgruppe Salzburg, die erst am 28. Juli gegründet wurde, nahm trotz der vielfältigen Inanspruchnahme der Genossen durch die Wahlarbeit einen erfreulichen Aufschwung. Der Zeitungsbezug wurde von allem Anfang von Wien aus veranlaßt, doch scheint es da mit der Zusendung noch nicht ganz zu klappen, da hierüber Beschwerden einliefen. Zu Weihnachten erfolgte im Rahmen des neuen Bundes eine Beteiligung von 30 Genossen mit einer durch die Landesregierung Salzburg zur Verfügung gestellten Spende von je 100 S, wozu die Vorschläge vom Landesverband an die Landesregierung ergingen. Weitere Eingaben betrafen Fahrkostenvergütungen für politisch Verfolgte bei Erholungsreisen in die Schweiz, um diese auch Minderbemittelten zu ermöglichen, Freifahrt auf den städtischen Verkehrsmitteln sowie Klärung der Berechtigung einer Inanspruchnahme von Steuerermäßigung aus dem Titel politisch Verfolgter und als Kriegsbeschädigter bei Zutreffen beider Voraussetzungen. Genosse Pongruber berichtete auch von der Einladung zur Jahreskonferenz in Wien. Genosse Blatnik erwähnte zu den Weihnachtsunterstützungen, daß schon im Laufe des Jahres Vorkehrungen für das heurige Jahr vorgenommen werden sollen, damit heuer auch noch weitere Bedürftige, die uns bisher unbekannt blieben, beteiligt werden können.

Anschließend wurde der von einer vorangegangenen Ausschusssitzung ausgearbeitete teilweise Wahlvorschlag behandelt und ergänzt. Einstimmig ergibt sich für das laufende Jahr folgender Ausschuß:

Genosse Pongruber, Salzburg, Obmann; Genosse Fritzenwanker, Saalfelden, Obmannstellvertreter; Genosse Schachner, Salzburg, Schriftführer; Genosse Ganisl, Salzburg, Schriftführerstellvertreter; Genosse Neudorfer, Salzburg, Kassier; Genosse Cerny, Salz-

burg, Kassierstellvertreter. Genosse Blatnik, Holzinger und Seifried wurden als Kontrolle ebenfalls einstimmig gewählt.

Als Bezirksvertrauensleute wurden bestimmt:

Pinzgau: Genosse Fritzenwanker (Saalfelden).

Tennengau: Genosse Mitsche (Hallein).

Ennstalstrecke: Genosse Fuchs (Bischofshofen).

St. Johann, Schwarzach, Lend: Genosse Rauter (Schwarzach).

Gasteiner Tal: Genosse Wauk (Böckstein).

Der Flachgau einschließlich Stadt Salzburg wird vom Hauptausschuß betreut.

Der Vorschlag des Genossen Seifried, die beiden Genossen Pongruber und Fritzenwanker als Delegierte zur Jahreskonferenz nach Wien zu entsenden, wurde einstimmig angenommen.

Genosse Fritzenwanker beklagte sich darüber, daß in der Frage der Wiedergutmachung wenig weitergehe und brachte auch einen Fall aus Saalfelden zur Kenntnis, der die Kirche da am bevorzugtesten behandelte. Genosse Holzinger schlug vor, auch zu erreichen, daß zum Landesparteitag künftighin ein Delegierter entsendet werden könne. Genosse Leitner beklagte sich über mangelnde revolutionäre Einstellung und Titelsucht. Die Spitzenfunktionäre hätten die Führung mit unten verloren. Die Revolutionären Sozialisten müßten wieder mehr eingeschaltet werden. Genossin Beer (Hallein) beklagte sich, daß heuer keine größer angelegte Februarfeier zustande gekommen wäre, nur vereinzelte kleine Feiern waren möglich gewesen. Genosse Stöger erwähnte Mängel bei den Pensionsinstituten, bei denen rückständige Pensionsbeiträge zu bezahlen wären, aber darauf hingewiesen wird, daß Wiedergutmachungen nicht erfolgen können. Anschließend nahm dann Genosse Voithofer das Wort und verwies auf die großen Substanzverluste unserer Wirtschaft. Bei aller Berechtigung der Forderungen der KZler dürfe aber nicht darauf vergessen werden, daß wir seit den zwanziger Jahren im Parlament eine Minderheit sind.

Mit der ÖVP müsse verhandelt werden, wir könnten sonst nur den Oppositionsweg beschreiten und müßten dadurch schwer errungene Positionen wieder aufgeben. ÖVP und VdU lauern beide nur auf die Gelegenheit, zusammenzugehen. Dadurch würde aber das Schicksal von 100.000 Arbeitsplätzen bedroht. Die Arbeitslosigkeit ist bereits wieder ein drohendes Signal!

Bei den politisch Verfolgten hätte es sich zuerst um das Wichtigste, um die Wiederherstellung des Dienst- und Arbeitsverhältnisses handeln müssen. Dann wurde das Opferfürsorgegesetz unter schweren Kämpfen ausgearbeitet. Es ist eines der besten im Vergleich zu Auslandsbeispielen. Die Wiedergutmachung ist eine Frage der budgetären Bedeckung. Nach dem, was sich die ÖVP vorstellt, würde sie größtenteils ihren Geld- und Geschäftsleuten in Riesenbeträgen zugute kommen. Beispielsweise hat der bekannte ÖVP-Mann Ausweger 250.000 S gefordert. Eine neue Vorlage wird ausgearbeitet werden. Arbeiterheime haben wir bisher nur wenige zurückbekommen und die erfordern große Aufwendungen für die Wiederherstellung. Wir müssen aber auch an die Partei die Aufforderung richten, daß sich die Lokal- und Bezirksorganisationen draußen um unsere Leute kümmern. Wir haben heute vielerorts frühere Nazi, nicht nur als Mitglieder, sondern auch als Vertrauensleute und sogar als Bürgermeister. Daher trat auch unser Kampf aus taktischen Gründen manchmal vorübergehend in den Hintergrund. Daß zum 12. Februar keine große zentrale Feier abgehalten wurde, ist natürlich ein Fehler.

Niemals aber darf das übersehen werden, was in Österreich bereits geschehen ist und überall nur durch härtesten Kampf der Partei erreicht werden konnte.

Abschließend erwähnte Genosse Pongruber noch, daß nach einer erhaltenen Mitteilung politisch Verfolgte der Versehrtenstufe III und IV im Stadtbereich bei Obus und Autobus Freifahrt genießen. Eine Ausdehnung dieser Begünstigung auf die Tramway — die als Lokalbahn figuriert — wird noch versucht werden.

Donaufelderstr. 21.
Wien 21.
M 8 7 8 1 VIKTOR

31/3/44

V. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Sprechstunden in unseren Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 Mi. 16 bis 18 Uhr
2. Praterstraße 25a Di. u. Do. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 41 Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60b Mo. u. Do. 18 bis 19 Uhr
5. Bacherplatz 14 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 18 bis 19 Uhr
7. Neubaugasse 25 Do. 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Dreihackengasse 7 Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Dampfgrasse 35 Mi. 17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 Mo. u. Fr. 17 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Fr. 18 bis 19 Uhr
13. Hietzinger Hauptstraße 22 Mo. 17.30 bis 19.30 Uhr
14. Linzer Straße 297 Fr. 17 bis 19 Uhr
- 15a. Hackengasse 13 Mi. 17 bis 19 Uhr
- 15b. Rustengasse 9 Di. u. Fr. 18 bis 19.30 Uhr
16. Schuhmeierplatz 18 Do. 17 bis 19 Uhr
17. Kalvarienberggasse 28 a Mi. 17 bis 19 Uhr
18. Leiternmayergasse 45 Fr. 17 bis 19 Uhr
19. Billrothstraße 48 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 Do. 17.30 bis 20 Uhr
21. Brünner Straße 38, Schlingerhof, Stiege 18 Mo. 17 bis 19 Uhr
22. Donaufelder Straße 259 Mo. 18 bis 19 Uhr
25. Liesing, Breitenfurter Straße 2 jeden 1. und 3. Mo. 18 bis 19 Uhr

Wir bitten, alle unsere Genossen auf die Sprechstunden in den Bezirksgruppen aufmerksam zu machen.

Eine Bitte an unsere Mitarbeiter!

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, alle Manuskripte immer nur einseitig zu beschreiben.

Redaktionsschluß für die nächste Nummer: 1. April 1950

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Alle Wien 1. Löwelstraße 18. Telefon A 28-5-20. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“. Wien V. Rechte Wienzeile 97